FÜR MENSCH, UMWELT UND KLIMA

14.MAI

GAL

grün + alternativ + links

WÄHLEN

www.gal-luebeck.de

Am 14. Mai GAL wählen: Für Mensch, Umwelt und Klima

Liebe Lübeckerinnen, liebe Lübecker,

seit Gründung der GAL 2016 sind wir in der Lübecker Bürgerschaft und in den Fachausschüssen vertreten. Wir sind bewusst auf kommunaler Ebene aktiv. Hier leben und arbeiten wir, hier gehen unsere Kinder in die Kita und zur Schule. Hier sind wir breit vernetzt und in lokalen Initiativen und Stadtteilgruppen aktiv.

Wir engagieren uns für Umwelt- und Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, eine qualitativ gute und bedarfsorientierte Kinderbetreuung, modern ausgestattete Schulen, eine nachhaltige Mobilitätswende, ein gemeinwohlorientiertes Miteinander, mehr demokratische Mitbestimmung und globale Gerechtigkeit auf kommunaler Ebene. Wir HÖREN zu und SEHEN hin und SPRECHEN darüber. So haben wir mit zahlreichen Anträgen und Ideen konstruktiv und erfolgreich soziale und ökologische Themen in Lübeck vorangebracht.

Wir bitten um Ihre Unterstützung und Ihre Stimme für die GAL bei der Kommunalwahl am 14. Mai 2023.

GAL
grün + alternativ + links

FÜR MENSCH, UMWELT UND KLIMA

Inhalt

Lübeck als Stadt für morgen ..... Seite 4
Wie wollen wir leben ..... Seite 6
Wohnen ist Menschenrecht ..... Seite 6
Nachhaltige urbane Mobilität ..... Seite 7
ÖPNV ..... Seite 8
Carsharing ..... Seite 9
Straßenbahn ..... Seite 9
Radverkehr ..... Seite 9
E-Mobilität ..... Seite 10
Die klimapositiven Entsorgungsbetriebe (EBL) ..... Seite 10
Natur- und Landschaftsschutz ..... Seite 11
Umwelt ..... Seite 12
Umweltgerechtigkeit ..... Seite 13
Energiewende ..... Seite 13
Soziales ..... Seite 15
Alleinerziehende in Lübeck ..... Seite 16
Kinder und Jugendliche ..... Seitz 18
Kinder haben Rechte ..... Seite 19
Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge /Ausländer (umA) ..... Seite 20
Bildung und Betreuung ..... Seite 21
Schule ..... Seite 23
Sport ..... Seite 25
Tierschutz ..... Seite 25
Demokratie ..... Seite 26
Frauen und Gleichstellung ..... Seite 27
Queer-Community: LSBTQ* ..... Seite 28
Rassismus, Antisemitismus ..... Seite 29
Migration und Flucht - gesellschaftliche Vielfalt in Lübeck ..... Seite 30
Menschen, die nach Deutschland geflüchtet sind ..... Seite 31
Junge geflüchtete, unbegleitete minderjährige Ausländer ..... Seite 32
Haushalt und Finanzen ..... Seite 33
Digitales Lübeck ..... Seite 34
Kultur ..... Seite 35
Denkmalpflege und UNESCO-Weltkuturerbe ..... Seite 37
Nachhaltige Wirtschaft ..... Seite 38
Entwicklung des Hafens und Fehmarn-Belt-Tunnel ..... Seite 39
Fairtrade Stadt Lübeck ..... Seite 40
Natur-und sozialverträglicher Tourismus für Lübeck ..... Seite 40

GAL
grün + alternativ + links

Lübeck als Stadt für Morgen

Die Abwendung der Klimakrise und der Erhalt der Artenvielfalt sind weltweite Herausforderungen, die keinen weiteren zeitlichen Aufschub erlauben. Das Motto „Global denken, lokal handeln" hat heute mehr Bedeutung denn je. In der Kommunalpolitik stellen wir die Weichen, wie unsere Stadt zukunftsfähig wird, und welchen Beitrag wir als Stadtgesellschaft zur globalen Verantwortung leisten.

- **Lübeck klimaneutral bis 2035**
  Wir unterstützen alle Maßnahmen, die dazu beitragen, dass die Hansestadt Lübeck bis spätestens 2035 klimaneutral wird. Hierzu müssen alle Pläne, wie zum Beispiel zur Verkehrsentwicklung, Wärmewende und Flächennutzungskonzepte aufeinander abgestimmt werden. Der Masterplan Klimaschutz muss übergeordnet die Weichen stellen und Zielvorgaben bestimmen.

- **Mehr fachliches Personal**
  Um die nötigen Pläne und Konzepte zu erstellen, sie zu verzahnen und durch konkrete Maßnahmen rechtzeitig vor Erreichen der Kipppunkte umzusetzen, braucht es vor allem auch mehr fachliches Personal in der Lübecker Stadtverwaltung. Beispielhaft sei erwähnt, dass in der Stadtverwaltung Aachen 22 Personalstellen allein für den Bereich Radverkehr arbeiten. Ambitionierte Ziele brauchen ein ambitioniertes Team – keine Einzelkämpfer*innen.

- **Koordinierungsstelle Agenda 2030 – Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten**
  Im Oktober 2020 unterzeichnete der Bürgermeister die „Agenda 2030 – Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten". Lübeck braucht eine fachbereichsübergreifende Koordinierungsstelle zum Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele, angesiedelt als Stabsstelle beim Bürgermeister. Laufende Maßnahmen zum Erreichen der SDGs (Sustainable Development Goals) werden bisher nicht strategisch erfasst und entwickelt. Dies wollen wir durch mindestens eine Personalstelle ändern.

- **Ausschuss für Klima- und Umweltschutz, Verkehrswende und Stadtgestaltung**
  Umweltthemen werden bisher im Ausschuss gemeinsam mit den Themen Sicherheit und Ordnung behandelt. Hierbei fallen regelmäßig Beschlüsse gegen die Interessen des Umwelt- und Naturschutzes. Deshalb brauchen wir dringend eine Neuaufteilung der Ausschüsse. Wir werden uns dafür stark machen, dass unmittelbar nach der Kommunalwahl ein Ausschuss gebildet wird, der sich mit Klima- und Umweltschutz, Verkehrswende, Stadtgestaltung und Stadtgrün befasst.

- **Beirat für den Lübecker Stadtwald und Moratorium**
  Die Hansestadt Lübeck verfügt über 4.600 Hektar Wald. Der Lübecker Stadtwald wird seit rund dreißig Jahren nach dem Konzept der „Naturnahen Waldnutzung" bewirtschaftet und dient vielen Umweltverbänden und Waldexpert*innen als Best Practice Beispiel – weltweit. Das Konzept besteht u.a. darin, elf Prozent der Gesamtwaldfläche als Naturwald (Referenzflächen) zu belassen. Die Wirtschaftlichkeit des Waldes wird nach dem Minimum-Prinzip durch das Fällen nur weniger, besonders wertvoller Bäume erreicht. Dies betrifft insbesondere alte Eichen und Buchen. Auf unsere Anfrage erhielten wir die Auskunft, dass im Winter 2021/22 141 Eichen (mit einem

Mindestbrusthöhendurchmesser von 80 cm) und einem Volumen von 481 m^3 gefällt wurden. Der Verkauf des Stammholzes brachte rund 307.000 Euro ein, was 45 Prozent der Jahreseinnahmen des Stadtwalds Lübeck entspricht. 28 dieser Eichen waren älter als 200 Jahre.
Gerade Eichen und Buchen sind jedoch in Zeiten des Klimawandels und dem bedrohlichen Rückgang der Biodiversität besonders wichtig und wertvoll für den Schutz und Erhalt des Ökosystems Wald.

Deshalb machen wir uns weiterhin dafür stark, dass für mindestens zehn Jahre auf das Fällen alter Eichen und Buchen verzichtet wird (Moratorium) und damit auch auf die jährlichen Einnahmen im städtischen Haushalt. Wir setzen uns für eine Inventarisierung der besonders wertvollen Bäume ein, um die genaue Anzahl und Standorte zu kennen.

Um eine größere Einbindung von Interessierten, Sachkundigen und Zuständigen zu erreichen, wie es das Waldkonzept vorsieht, setzen wir uns für Einrichtung eines Waldbeirats ein.

- **Förderung ökologischer Landwirtschaft durch Steigerung der Nachfrage**
  Das Aussterben vieler Arten und die Zerstörung ganzer Ökosysteme hängt unmittelbar damit zusammen, wie wir Lebensmittel produzieren und was wir essen. Für den Erhalt der Biodiversität ist eine Agrarwende unabdingbar. Um die Agrarwende zu fördern, braucht es mehr Nachfrage nach ökologisch angebauten Nahrungsmitteln aus der Region. Deshalb machen wir uns dafür stark, dass die Gemeinschaftsverpflegung in Lübecker Kitas, Schulen und Kantinen schrittweise auf 100 Prozent nachhaltige Kriterien umgestellt wird, das heißt möglichst frisch und saisonal, bio, vegetarisch, regional und bei Produkten aus Ländern des globalen Südens fair gehandelt. Wir wollen das Kochen und die Bewirtschaftung kleiner Gärten oder Hochbeete vor Ort fördern, damit Kinder ganzheitlich lernen, sich gesund und lecker zu ernähren.

- **Bio-Stadt Lübeck**
  Wir engagieren uns weiterhin dafür, dass Lübeck sich dem Netzwerk der Bio-Städte anschließt, um aus den Erfahrungen anderer Städte zu lernen, sich zu vernetzen und Fördermittel zu akquirieren sowie die ökologische Landwirtschaft vor Ort und das Angebot an Bio-Lebensmitteln zu fördern.
- **Schutz und Förderung der Biodiversität**
  Im Jahr 2017 haben wir als GAL erfolgreich den Antrag für einen „Aktionsplan Bienenschutz für Lübeck“ in die Bürgerschaft eingebracht. Dabei geht es um mehr Flächen, die so gestaltet werden, dass bestäubende Insekten entsprechend ihrer Lebensbedingungen ein vielfältiges Nahrungsangebot und Brutplätze finden. Seither wurden mehr Flächen entsprechend umgestaltet, doch mitunter von Fremdfirmen nicht fachgerecht behandelt.
  Wir setzen uns dafür ein, dass
  - weitere Flächen entsprechend der Empfehlungen in dem Aktionsplan Bienenschutz angelegt werden
  - der Bereich Stadtgrün personell so ausgestattet wird, dass die Pflege und das Anlegen weiterer Wildblumenwiesen, ebenso wie die Baumpflege von städtischen Mitarbeitenden übernommen und nicht an Fremdfirmen vergeben werden. Mitarbeitenden und Auszubildenden des Bereichs Stadtgrün soll die Möglichkeit gegeben werden, entsprechende Fort- und Weiterbildungen wahrzunehmen, sofern spezielle Fachkenntnisse nicht Teil ihrer Ausbildung waren oder sind.
- **Verzicht auf die Benutzung von Laubbläsern auf öffentlichen Flächen**
  Laubbläser sind laut, verbrauchen Energie und töten massenhaft Insekten.
- **Bezifferung der Umweltfolgekosten**
  Sofern Vorlagen der Stadtverwaltung und Anträge von Fraktionen nicht im Einklang mit den Zielen des Klima- und Naturschutzes stehen, wollen wir erreichen, dass Umweltfolgekosten beziffert werden. Diese Maßnahme soll verdeutlichen, dass ein Verzicht auf Umwelt- oder Klimaschutzmaßnahmen in der Folge erhebliche Kosten verursacht.

(Siehe auch → Umwelt)

Wie wollen wir leben?

Wir wollen weder auf Kosten der Menschen im Globalen Süden noch auf Kosten nachwachsender Generationen leben. Das bedeutet Veränderung und sozial-ökologische Transformation.

Global gesehen brauchen wir ein nachhaltiges Wirtschaftssystem, das nicht auf immer mehr Wachstum, Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung basiert. Hierfür braucht es gesetzliche Regelungen auf EU-Ebene, die Unternehmen in die Verantwortung nehmen.

Auf lokaler Ebene halten wir die Vorgaben für den zukünftigen Flächennutzungsplan, der von CDU, SPD und FDP in 2022 beschlossen wurde, für eine fatale Fehlentscheidung: Der Flächenverbrauch für Wohnungsbau und Gewerbe muss auf ein Minimum reduziert werden, um wertvolle Landschaften nicht zu zerstören und Freiflächen nicht zu versiegeln.

- Primär müssen wir dafür sorgen, dass bestehende Gewerbebrachflächen genutzt und neu strukturiert werden, um innovative Unternehmen anzusiedeln und Firmenerweiterungen zu ermöglichen. Bei der Vergabe von Flächen an Unternehmen müssen soziale und umweltbezogene nachhaltige Kriterien angewendet werden.

- Konkret für das Planungsgebiet Lübeck Nordwest wollen wir westlich der Bahngleise für Wohnbau, östlich bis zur Trave als Mischgebiet für Dienstleistung und Gewerbe entwickeln.

- Auf keinen Fall dürfen investorengeleitete Interessen dazu führen, in den Außenbereichen bauen, also Grundstücke, die nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplans liegen und die auch nicht zu einem im Zusammenhang bebauten Ortsteil gehören (§ 35 BauGB).

- Frischluftschneisen und Flächen zur Kaltluftentstehung müssen für den lokalen Luftaustausch vollständig erhalten bleiben. Sie ermöglichen den Abtransport von Schadstoffen und versorgen die Stadtteile mit Frischluft.
- Flächen sollen überall dort, wo es möglich ist, entsiegelt werden, um stattdessen Versickerungsflächen zu schaffen, die insektenfreundlich gestaltet werden. Für Privatleute sollen Anreize geschaffen werden, ihre (Vor-)Gärten ebenfalls von Versiegelung zu befreien.

- Eine Bebauung von Landschaftsschutzgebieten wie Howingsbrook oder Neue Teutendorfer Siedlung werden wir auch zukünftig ablehnen.

Wohnen ist Menschenrecht

Seit Jahren fehlt in Lübeck bezahlbarer und sozialer Wohnraum für Familien und Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Um zeitnah allen Menschen bedarfsgerecht Wohnraum zur Verfügung stellen zu können, muss die Quote für sozialen Wohnungsbau bei allen Bauvorhaben auf städtischen Flächen weiter angehoben und auf die gesamte Bruttogeschossfläche angerechnet werden.

- Wir wollen die Schaffung von Wohnraum durch Sanierung oder Modernisierung bestehenden Wohnraums, Um- oder Anbau, alternative und generationsübergreifende Wohnformen sowie die weitere innerstädtische Verdichtung durch die Grundstücksgesellschaft Trave und Baugenossenschaften fördern. Wo dies möglich ist, sollen durch Erweiterung der Bauhöhe mehr Wohnraum auf weniger Grundfläche entstehen.

- Die Vergabe von städtischen Grundstücken in Erbpacht kann ein Mittel sein, um Baukosten zu mindern und dabei energetische sowie Umweltkriterien zu erfüllen.

- Die Grundstücksgesellschaft Trave mbH soll sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren, sozialen Wohnraum zu schaffen.

- Durch generationsübergreifende Planungskonzepte mit unterschiedlich großen Wohnungen kann gewährleistet werden, dass Umzüge innerhalb eines Quartiers möglich werden, wenn zum Beispiel Familien wachsen, oder die Kinder aus dem Haus sind. Für bestehende und neu entstehende Quartiere muss es Wohnungsbörsen geben, die den Tausch individuell passenden Wohnraums vereinfachen.

- In allen Stadtteilen sollen durch Ankauf oder Bau von Immobilien Wohnangebote für Senior*innen entstehen, die aus der eigenen Wohnung in betreutes Wohnen wechseln wollen, ohne ihr Quartier verlassen zu müssen.

- Wir begrüßen und unterstützen alternative Wohnformen, wie Wohn- und Hausgemeinschaften, Genossenschaften oder Mietshäuser Syndikat. Entsprechende Bedarfe sollen mehr planerische und bauliche Berücksichtigung finden.

- Bei der Stadtplanung orientieren wir uns an dem Konzept der 15-Minuten Stadt – Stadt der kurzen Wege. Das heißt, die täglichen Wege sollen möglichst innerhalb von weniger als 15 Minuten mit dem Rad oder zu Fuß zurückgelegt werden können – von Zuhause zum Kindergarten, zur Schule, zur Arbeit, zum Einkaufen etc.

- Wir setzen uns dafür ein, dass bei allen Neubauplanungen Passivstandard anzuwenden und eine Photovoltaikanlage verpflichtend zu installieren ist.

- Der Parkplatzschlüssel bei Neubau ist auf maximal 0,5 zu reduzieren, wir wollen autoarme und autofreie Wohnquartiere entwickeln.

- Um Lübeck gegen zukünftige Klimaextreme wie Starkregen, Hochwasser und Hitzewellen zu wappnen, wollen wir, zusätzlich zu weitgehenden Entsiegelungen, innerhalb der Stadt vermehrt Bäume nach dem Schwammstadt-Prinzip pflanzen. Auf diese Weise entsteht unterirdisch Retentionsraum (für die Aufnahme von Wasser), und gleichzeitig werden Stadtbäume, die einem immensen Stress ausgesetzt sind, besser im Wachstum unterstützt und geschützt.

- Der Lebensraum von Stadtbäumen muss durch Entsiegelung und Vergrößerung der Baumscheiben dringend verbessert werden. Möglichkeiten für Urban Gardening als Angebot an Anwohner*innen begrüßen wir.

- Tempo-30-Zonen machen das Wohnen ruhiger. Wir unterstützen die Einrichtung weiterer Tempo-30-Zonen. Quartierfremden Durchgangsverkehr wollen wir in Tempo-30-Zonen verhindern. Wie das gelingt, hat die Stadt beispielsweise in der Frieden- und Kalkbrennerstraße gezeigt.

Nachhaltige urbane Mobilität

Verkehrswende gelingt nur mit der Bevölkerung

Wer am gesellschaftlichen Leben teilhaben will, ist auf Mobilität angewiesen. Gleichzeitig verursacht der Verkehr in Lübeck fast ein Drittel der klimaschädlichen Emissionen, gesundheitliche Probleme, Lärm und hohe Umweltfolgekosten. Die Verkehrswende ist ein entscheidender Faktor, um das 1,5-Grad-Ziel überhaupt erreichen zu können. Sie gelingt jedoch nur,

wenn Bürger*innen bereit und in der Lage sind, ihre Mobilitätsgewohnheiten zu verändern. Dafür braucht es vor allem gute Angebote des Umweltverbunds (Kooperation der umweltfreundlichen Verkehrsmittel: Bahn, Bus, LÜMO, Taxi, Carsharing, Mitfahrzentralen, private und öffentliche Fahrräder und zu Fuß Gehende).

Die Gestaltung der Hansestadt Lübeck ist seit Jahrzehnten dadurch geprägt, die Bedürfnisse der Automobilindustrie zu erfüllen. Der motorisierte Individualverkehr nimmt - ob fahrend oder ruhend - übermäßig viel Platz im öffentlichen Raum ein. Die Stadtverwaltung hat mit der Planung eines Radschnellwegs, den Verkehrsversuchen in der Beckergrube und der Fackenburger Allee sowie einer Umgestaltung der Moislinger Allee einen zukunftsweisenden Weg eingeschlagen, den Straßenraum zugunsten umweltfreundlicher Mobilität, mehr Grünflächen und Aufenthaltsqualität neu aufzuteilen. Diesen Weg werden wir weiterhin konsequent unterstützen.

Bezogen auf die Gesamtfläche einer Stadt empfiehlt das Bundesumweltamt pro Einwohner*in rechnerisch maximal 1,5 m^2 Abstellfläche für den motorisierten Individualverkehr.

- Anwohnerparken soll in Parkzonen zentriert und ausgeweitet werden, um in den Wohnquartieren die Qualität für Radfahrende und Fußgänger*innen zu erhöhen und Aufenthaltsflächen zu schaffen. Für Menschen mit Parkberechtigung aufgrund medizinischer Indikation sollen selbstverständlich Ausnahmen bestehen bleiben.

- Die Lübecker Innenstadt wollen wir weitgehend vom motorisierten Individualverkehr befreien, stattdessen setzen wir auf den Umweltverbund, Mikrodepots für Lieferungen, Transporträder und elektrisch, perspektivisch autonom fahrende kleinere Busse.

- Wir wollen ein Parkraummanagement einführen, um die Mobilitätswende effektiv zu unterstützen. Die Anzahl der Parkplätze soll jährlich um mindestens 2 Prozent reduziert werden. Diese Flächen sollen zukünftig für Fuß- und Fahrradwege, Bus- oder Straßenbahntrassen, für Freizeit- und Grünflächen genutzt werden.

- Vierspurige Straßen innerhalb der Stadt wollen wir zurückbauen, bzw. eine Spur für den Umweltverbund schaffen und überall dort, wo es die neue Straßenverkehrsordnung möglich macht, Tempo 30 einführen.

- Allgemeine Parkgebühren auf städtischen Parkflächen wollen wir erhöhen und Gebühren für Bewohnerparkausweise unter Berücksichtigung sozialer Aspekte und Größe des Fahrzeugs stufenweise auf bis zu 360 Euro/Jahr anheben. Die Mehreinnahmen, die dadurch für den städtischen Haushalt generiert würden, wollen wir in den Ausbau des ÖPNV und der Fuß- und Radinfrastruktur verwenden.

ÖPNV

Der Öffentliche Personennahverkehr ist das Rückgrat der Verkehrswende – auch in Lübeck. Die Stadtwerke Lübeck mobil (ehemals Stadtverkehr Lübeck) ist bereits dabei, die Flotte auf Elektromobilität umzustellen.

Um den ÖPNV in Lübeck qualitativ zu verbessern, die Fahrzeiten auszubauen und gleichzeitig attraktive Fahrpreise anbieten zu können, braucht es mehr finanzielle Mittel vom Bund, Land und aus dem städtischen Haushalt.

Um die Vorteile des ÖPNV gegenüber dem Pkw zu unterstreichen, wollen wir dort, wo es baulich möglich ist, eine Vorrangspur für den ÖPNV einrichten.

Perspektivisch wollen wir einen kostenlosen ÖPNV anbieten. Bis die nötige Infrastruktur geschaffen wird, um den Anteil am

Gesamtverkehr bis 2035 zu verdoppeln, setzen wir uns für ein stadtweites 1€ Ticket / Tag ein. Kinder und Jugendliche sollen bis zum Ende ihrer Ausbildung kostenfrei fahren können. Die Möglichkeit der Fahrradmitnahme im Bus soll verbessert werden.

Wir setzen uns dafür ein, den ländlichen Raum z.B. durch den Einsatz des Stadtwerke Shuttle-Service LÜMO besser an die Lübecker Innenstadt anzubinden. Dieser soll kostengünstig, mit einer Monatskarte oder dem bundesweiten Ticket nutzbar sein, insbesondere an Wochenenden und in den Abendstunden, wenn kein Bus der Stadtwerke Lübeck mobil fährt. Die Anzahl der im Einsatz befindlichen LÜMO-Fahrzeuge wollen wir mindestens verdoppeln.

Carsharing spart öffentlichen Raum und Rohstoffe

In Lübeck gibt es seit über dreißig Jahren das gemeinwohlorientierte Carsharing-Angebot von StattAuto eG. Die Gesamtzahl der Nutzer*innen beträgt rund 6.000. Carsharing-Autos ersetzen private Pkw und tragen dazu bei, dass weniger öffentlicher Raum fürs Parken benötigt wird. Wir setzen uns dafür ein, das Carsharing-Angebot durch Ausweisung von Stellflächen zu unterstützen und Carsharing zukünftig besser mit anderen Mobilitätsangeboten (Bus, Bahn, Fahrrad) zu kombinieren.

Eine Straßenbahn oder Tram für Lübeck

Bereits vor 30 Jahren haben Mitglieder der heutigen GAL die Durchführung einer Machbarkeitsstudie für die Wiedereinführung einer Straßenbahn oder Tram in Lübeck gefordert. Entsprechend freuen wir uns, dass diese inzwischen auf den Weg gebracht wurde, und die Umsetzung zunehmend öffentliche Unterstützung erfährt. Der Umstieg vom Pkw auf den Bus lässt sich in einer Stadt wie Lübeck nur begrenzt steigern. Ein zusätzliches Angebot einer Straßenbahn oder Tram führt dagegen zu einem erheblichen Nutzungsanstieg umweltfreundlicher Mobilität, wie es in vielen Städten Europas bereits der Fall ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Lübeck dem Beispiel der Stadt Kiel folgt und die Einführung einer Tram oder Straßenbahn unter Nutzung von Fördermitteln beschließt.

Radverkehr

Wir begrüßen und unterstützen die Forderungen zum Radverkehr vom ADFC, von Fridays for Future und von der Initiative Radentscheid. Diese sind auf den jeweiligen Internetseiten veröffentlicht.

Weil die meisten Radwege Oberflächenmängel aufweisen, zu schmal sind oder zu wenig Sicherheitsabstand ermöglichen, schlägt der ADFC vor, bis 2030 jährlich 20 Kilometer Radwege zu sanieren und konsequent dem Stand der Technik (ERA) anzupassen. Wo dies nicht möglich ist, weil beispielsweise Baumwurzeln an der Oberfläche keine Ebnung der Wege ermöglichen, sollen geschützte Radstreifen auf der Fahrbahn oder attraktive und sichere Radverkehrsführungen auf benachbarten Fahrradstraßen geschaffen werden. Diese Forderungen teilen und unterstützen wir.

Wir setzen uns für ein gutes Radwegenetz (Velo-Routen) innerhalb des Stadtgebiets und des ländlichen Raums ein. Die meisten Wege ließen sich gut mit dem Fahrrad zurücklegen, wenn die Wege entsprechend ausgewiesen, sicher und komfortabel wären. Auch hierzu wurde bereits vom ADFC ein gutes Konzept vorgelegt. An dem Austausch hierüber in Workshops werden wir uns aktiv beteiligen.

Wir engagieren uns für fahrradoptimierte Ampelschaltungen und unterstützen die Initiative eines Radschnellwegs von Bad Schwartau nach Groß Grönau. Für sogenannte „Pop-Up-Lanes“ haben wir uns bereits in der Vergangenheit eingesetzt.

Wir setzen uns für eine zügige und nahezu kostenlose Ausweisung weiterer Fahrradstraßen im Lübecker Stadtgebiet ein. Und wir fordern endlich eine Ertüchtigung und Kontrolle der bestehenden Fahrradstraßen, da diese ihren Namen aufgrund von unerlaubtem Durchgangsverkehr, parkenden Pkw und schlechter Oberflächenqualität nicht verdienen.

Wir kritisieren, dass Lübeck Jahre braucht, um ein erstes Fahrradparkhaus am Bahnhof zu planen – und dies dann lediglich 500 Stellplätze ausweist. Bereits heute ist an den vielen parkenden Fahrrädern auf dem Bahnhofsvorplatz zu erkennen, dass dieser Platz nicht ausreichen wird. Ein weiteres Fahrradparkhaus unterhalb des Schrangens in der Innenstadt muss zügig folgen.

Des Weiteren braucht es im Stadtgebiet Möglichkeiten, Fahrräder nah der Bushaltestellen anzuschließen oder Leihräder für die Weiterfahrt zu mieten. Insbesondere in der Innenstadt und in der Nähe von Innenstadt-Schulen sind mehr Möglichkeiten erforderlich, Fahrräder sicher anzuschließen und E-Bikes zu laden.

Bis das Verkehrswendekonzept der Stadtverwaltung vorliegt, wollen wir darauf hinwirken, dass unzweifelhafte Maßnahmen vorgezogen umgesetzt werden. Dazu gehören Mobility Hubs, also öffentlich zugängliche Knotenpunkte, an denen gemeinsam genutzte Fortbewegungsmittel zu jeder Zeit zur Verfügung stehen: Leihfahrräder, E-Bikes, Lastenräder, Carsharing – in der Nähe von Haltestellen oder Bahnhöfen, wie dem Hauptbahnhof oder dem Travemünder Strandbahnhof.

An den Stadtgrenzen braucht es Ride and Bike Stationen, also Stellplätze für Pkw und die Möglichkeit per Leihrad oder mit den Bussen der Stadtwerke Lübeck mobil das Ziel innerhalb Lübecks zu erreichen.

Wir halten es für falsch, dass Fahrradwege auf Kosten der Fußwege verbreitert werden, oder dass die Nutzung der Fußwege für Radler genehmigt wird. Der notwendige zusätzliche Platz für breitere Radwege muss vom Straßenraum genommen werden. Die Neugestaltung des St.-Jürgen-Rings zwischen Berliner Platz und Kronsforder Allee halten wir für total misslungen. Hier hatten wir uns für den Rückbau einer Pkw-Fahrspur stark gemacht.

E-Mobilität

E-Mobilität sehen wir nur als begrenzte und vorübergehende Möglichkeit an, klimaschädliche Emissionen zu senken. Eine Antriebswende anstelle einer Verkehrswende ist nicht die Lösung, denn jedes neu gebaute Auto verbraucht Rohstoffe und Energie bei der Herstellung. Grundsätzlich wollen wir erreichen, dass der motorisierte Individualverkehr durch attraktive alternative Mobilitätsformen überflüssig wird.
Ladestationen sollen nicht das gesamte Stadtgebiet blockieren, denn sie ziehen nach sich, dass dort Pkw stehen werden. Stattdessen braucht es Lademöglichkeiten vermehrt an bestehenden Tankstellen, öffentlichen Parkflächen oder in Anwohnerparkzonen.

Keinesfalls darf eine E-Ladesäule den Raum von Fußgänger*innen oder Radfahrenden minimieren.

Die klimapositiven Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL)

Die EBL sind ein Eigenbetrieb der Hansestadt Lübeck. Sie sind für unser Abwasser - vom Klo bis zur Kläranlage, unseren Abfall - vom Tannenbaum, Sperrmüll, der Bio- und Mülltonne bis zur Deponie, die Straßenreinigung und den Winterdienst zuständig. Die EBL finanziert sich über die Abfall-, Abwasser-, und Straßenreinigungsgebühren der Lübecker Haushalte. Die Gebühren sind mehrwertsteuerfrei und dürfen nur für den jeweiligen Bereich genutzt werden. Die Hansestadt Lübeck verdient keinen Cent an den Gebühren. Der Werkausschuss der Bürgerschaft kontrolliert die EBL. Professionelle Prüfer kontrollieren die Bilanzen der EBL.

Seit 2005 ist die Ablagerung von unbehandeltem Müll auf Deponien verboten, weshalb die meisten deutschen

Kommunen Abfallverbrennungsanlagen bauten. Lübeck und rund ein Dutzend andere Kommunen setzten auf die Mechanisch-Biologische-Abfallbehandlung (MBA). Nach Anlaufproblemen und einer gescheiterten Privatisierung erweist sich die MBA - im Prinzip eine riesige Biogasanlage - als ökologischer und ökonomischer Gewinn.

Die MBA und die Kläranlagen erzeugen inzwischen so viel Biogas, dass die EBL bereits im Jahr 2018 eine Klimagutschrift von 26000 Tonnen CO_2-Äquivalente erzielten. Inzwischen arbeiten die EBL an ihrer Energieautarkie. Der erste vollelektrische Müllwagen mit Wasserstoffantrieb - zu 90% über Fördergelder des Bundes finanziert - wurde im September 2022 in Betrieb genommen. Perspektivisch sollen alle Lübecker Müllwagen mit Wasserstoff fahren, der aus dem Biogas der EBL hergestellt wird.

Die GAL sitzt seit 2016 im Werkausschuss. Wir unterstützen die klimapositive Strategie der EBL und haben selbst als kleine Fraktion oft Erfolg mit unseren Vorschlägen. Konkret heißt das: Wir unterstützen den geplanten Ausbau der Deponie, die Weiterentwicklung der MBA, die Anschaffung Wasserstoff-elektrischer Fahrzeuge und den Weg in die Energieautarkie und.

Das grenzübergreifende Engagement der Entsorgungsbetriebe in Albanien sehen wir als vorbildlich an, auch weil davon mehrere der Nachhaltigkeitsziele berührt sind.

Den Aufbau eines Second-Hand Ladens für Brauchbares auf dem neuen Wertstoffhof in der Posener Straße sehen wir als zukunftsweisend an: Neben der Prämisse, den Konsum zu reduzieren, unterstützt es das Gebot der Kreislaufwirtschaft, Gegenstände zu recyceln, zu reparieren und wieder nutzbar zu machen.

Kiel hat die EBL angewiesen, frei gemessenen Atommüll vom Abriss des AKW Brunsbüttel auf unserer Deponie einzulagern. **Die Ablagerung von (frei gemessenem) Atommüll auf der Deponie Niemark lehnen wir ab!** Lübeck klagt gegen diese Zuweisung. Der Ausgang des Gerichtsverfahrens ist ungewiss. Wir haben im Werkausschuss vorgeschlagen, auf der Deponie Strahlenmessgeräte aufzustellen. So können wir jetzt die natürliche Strahlenbelastung auf der Deponie messen und im Falle einer Einlagerung von Atommüll eine mögliche zusätzliche radioaktive Strahlung erkennen. Die Messgeräte stehen bereits auf der Deponie. Zurzeit werden sie messbereit gemacht. Die täglichen Messwerte sollen noch in diesem Jahr auf der Internetseite der EBL veröffentlicht werden.

Fun Fact: Die eingesammelten Weihnachtsbäume werden gesondert kompostiert. Dieser Kompost ist bei Blaubeeren-Landwirten heiß begehrt. Die Einnahmen senken die Müllgebühren aller Lübecker.

Natur- und Landschaftsschutz

In den Bereichen außerhalb des bebauten Stadtgebietes hat Lübeck eine Reihe von Natur- und Landschaftsschutzgebieten - zum Teil von europäischer Bedeutung - die die gesetzlichen und wissenschaftlichen Anforderungen ihres Schutzstatus erfüllen. Bei der weiteren Entwicklung der Stadt sollen diese Errungenschaften für die Zukunft gesichert werden.

Eines der wertvollsten Naturschutzgebiete ist das Dummersdorfer Ufer. Die Hafenentwicklung am Skandinavienkai hat das Schutzgebiet so zu wahren, dass der Schutzzweck nicht verletzt wird. Die Traveförde zwischen (etwa) Herrentunnel und Travemündung ist von Natura-2000-Gebieten geprägt. Das komplexe Ökosystem ist, auch unter Einbeziehung der Mecklenburger Seite, zu erhalten.

Unser Augenmerk im Naturschutz liegt auch bei den Biotopverbundsystemen des unteren Travelaufs, durch die ökologische Gleichgewichte stabilisiert werden: Schwartauwiesen, Schellbruch und Teerhofsinsel stellen einen landschaftlichen Zusammenhang dar, der nicht unterbrochen werden soll. Eine Wiedervernässung der Schwartauwiesen zugunsten der Artenvielfalt ist unser Ziel.

Die biologische Vielfalt soll im Lübecker Raum erhalten und entwickelt werden. Es kommt darauf an, die Schwerpunktsetzung des Bundesamtes für Naturschutz („Hot Spots" der nationalen biologischen Vielfalt) mit Leben zu füllen und für die folgenden Gebiete günstige Bedingungen zu schaffen: Wakenitzniederung, Grönauer Heide, Lauerholz, Wesloer Forst, unterer Travelauf ab Teerhofsinsel, Schellbruch, Dummersdorfer Ufer, Traveförde, Dassower See, Pötenitzer Wiek, gesamter Priwall, Brodtener Ufer. Die Umsetzung der „Biodiversitäts-Strategie" sollte partnerschaftlich mit den befassten Vereinen und Verbänden, Schutzgebietsbetreuerinnen und dem Lübecker Stadtwald erfolgen.

Durch die Klimaerwärmung bekommen Wälder, Nasswiesen, ausreichend bewässerte Moore, Grünland und Brachflächen eine zunehmende Bedeutung bei der Treibhausgas-Bindung. Solche Flächen sind von anderweitigen Nutzungen freizuhalten.

In Travemünde ist aus guten Gründen der Brodtener Winkel als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen worden. Der Schutzzweck besteht nach wie vor, sodass der Schutzstatus erhalten werden muss.

Für den Priwall konnte die GAL erfolgreich erreichen, dass der Küstenwald als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen wurde.

Wir unterstützen das Konzept, mit schadstoff*freiem* Baggergut aus der Travemündung eine Vogelinsel in der Pötenitzer Wiek aufzuschütten. Die für den Sauerstoffgehalt der Lübecker Bucht schädliche Verklappung dieses Materials würde unterbleiben, und für Vögel gäbe es ein störungsfreies Refugium. Schadstoff*haltiges* Baggergut gehört auf eine dafür eingerichtete Baggergutdeponie.

Das Museum für Natur und Umwelt soll zu einem Umweltbildungszentrum weiterentwickelt werden, um den Umweltbildungsauftrag stärker als bisher erfüllen zu können. Für die Wiederbesetzung einer fehlenden wissenschaftlichen Leitungsstelle haben wir uns in der Vergangenheit stark gemacht, bisher fehlte hierfür die politische Mehrheit in der Bürgerschaft. Die Förderung nicht-staatlicher Umweltbildungsangebote soll erhalten bleiben. Der Beirat für Naturschutz mit dem städtischen Naturschutzbeauftragten soll durch einen eigenen selbstverwalteten Etat für seine Aufgaben gestärkt werden.

Umwelt

Wir fordern, dass schwach radioaktives Material aus dem Abriss von Atomkraftwerken langfristig gesichert aufbewahrt wird, z.B. durch Einrichtung einer gesonderten Deponie mit speziellen Anforderungen an geologischen Untergrund, Basisabdichtung, Abdeckung sowie Überwachung für mehrere Jahrhunderte, damit künftige Generationen nicht durch eine gegenwärtige Billiglösung belastet werden. Auf solchen Deponien müssen die Stoffe rückholbar gelagert werden. Zur demokratischen Legitimierung ist ein Planfeststellungsverfahren mit Bürgerbeteiligung nötig. Wir lehnen den Plan des schleswig-holsteinischen Umweltministers ab, den schwach radioaktiven Bauschutt ohne atomrechtliche Kontrolle auf herkömmliche Abfalldeponien wie Niemark zu verteilen.

Die Sanierung der Altlasten, von denen es mehrere hundert im Stadtgebiet gibt, hat in der Reihenfolge ihrer Gefährdungspotenziale für Wasser, Boden und Luft und der damit verbundenen Gesundheitsgefährdungen zu

erfolgen. Grund- und Oberflächenwasser gefährdende Altdeponien befinden sich z.B. im Bereich der alten Rüstungsindustrie in Schlutup, des alten Metallhüttengeländes, der Abfalldeponie Niemark insoweit sie alte unabgedichtete Basisteile und neuere Lecks aufweist. Alte Hausmülldeponien wie die an der Lohmühle, wo Schadstoffe sichtbar austreten, gehören dazu.

Die Deponie Ihlenberg/Schönberg ist wegen ihrer nachteiligen Auswirkungen auch auf Lübecker Gebiet zu schließen und zu sanieren. Einflussmöglichkeiten von Lübeck aus ergeben sich durch Schadstoffe, die über Grundwasser, Bäche und Luft auf Lübecker Gebiet gelangen können. Das Gefährdungspotenzial wurde seit 1980 mehrfach gutachterlich dokumentiert.

Das Lebenselement Wasser ist in allen Formen für Menschen, Tiere und Pflanzen vorsorgend zu behandeln: als Grundwasser, Trinkwasser, in Flüssen, Bächen, Teichen und Tümpeln. Die Stadt Lübeck ist durch ihren Küstenabschnitt an der Ostsee auch für den Zustand der Lübecker Bucht direkt mit verantwortlich. Wir werden in den Gremien zur Erhaltung und Verbesserung der Wasserqualität beitragen.

Durch das Aufstellen weiterer Trinkwasserspender der Stadtwerke Lübeck an öffentlichen Orten ließe sich Ressourcenverschwendung durch den Verkauf von Einwegflaschen reduzieren.

Unmittelbar nach der Wahl werden wir uns dafür einsetzen, dass ein Ausschuss für Klima- und Umweltschutz, Verkehrswende, Stadtgestaltung und Stadtgrün gebildet wird.

Umweltgerechtigkeit

Wir setzen uns ein für die Verwirklichung des Verfassungsgrundsatzes der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch sozial gerechten Zugang zu einem gesunden Lebensumfeld. Soziale Problemlagen dürfen sich nicht zusätzlich durch höhere Umweltbelastungen verschärfen. Menschen mit geringem Einkommen sind oft höheren Gesundheitsbelastungen durch Umweltprobleme ausgesetzt als Menschen, die finanziell bessergestellt sind. Möglichkeiten des Ausweichens vor schädigenden Einflüssen sind für Personen mit geringem Einkommen begrenzt.

Mit wenig Geld pro Monat lässt sich z.B. keine hohe Miete bezahlen, da bietet sich eine preiswerte Wohnung an einer viel befahrenen Straße an, aber Lärm- und Abgasimmissionen machen krank. Oft werden neue Wohnquartiere so geplant, dass Geschosswohnungen entlang der Straße als Lärmschutzwall für dahinterliegende Einfamilienhäuser dienen. Die Verteilung von Vor- und Nachteilen darf aber nicht blinden Marktmechanismen überlassen werden, sondern ist eine Frage von Gerechtigkeit, Solidarität und Humanität. Dafür wollen wir uns auch in der Umweltpolitik einsetzen.

Energiewende

Die Politik auf Bundesebene hat die Energiewende in der Vergangenheit ausgebremst. Umso mehr müssen wir nun aufs Tempo drücken und schnell vorankommen. Der Anteil an klimaschädlichen Emissionen durch Heizen und Warmwasserbereitung ist erheblich, über 70 Prozent der Lübeckerinnen und Lübecker beziehen Gas.

Für die Wärmewende ist nicht allein der Umstieg auf erneuerbare Energien erforderlich. Wir müssen vor allem auch den Energieverbrauch minimieren und die Energieeffizienz steigern.

Neben energetischer Sanierung der Gebäude brauchen wir eine Strategie, wie wir uns mit einem Mix aus umweltfreundlicher Energiegewinnung schnellstmöglich von den fossilen Energieträgern verabschieden. Dafür braucht es in den kommenden Jahren Fantasie, sehr viel Geld und Fachkräfte.

Unter Ausnutzung möglicher Fördermittel setzen wir uns dafür ein, notwendige finanzielle Mittel aus dem städtischen Haushalt zur Verfügung zu stellen, um z.B. den Netzausbau schneller voranzubringen. Den Wärmeplan, der in den kommenden zwei Jahren erarbeitet wird, gilt es dann umzusetzen.

Wir unterstützen

- eine zügige energetische Sanierung aller städtischer Gebäude
- den Passivhausstandard zur Regel in Bebauungsplänen zu machen, verpflichtende Installation von Photovoltaik auf den Dächern bei Neubauten
- Beratungsangebote für
    - o energetische Sanierungen
    - o Wärmeerzeugung in Haushalten, die nicht an ein Fernwärmenetz angeschlossen werden können
    - o die Errichtung von Photovoltaikanlagen
      (Siehe auch → Denkmalschutz und Photovoltaik)
- den Ausbau von Fernwärmenetzen und Prüfung von Quartierslösungen zur regenerativen Wärme- und Stromerzeugung. Hierfür sollen Potentialanalysen für Solarthermie, Geothermie, Flusswärmepumpen, Hydrothermie, Biogas (durch Abfälle) sowie grünen Wasserstoff in Kombination mit einer Brennstoffzellenheizung, die im Winter Strom erzeugt, durchgeführt werden.
- den Bau von Solaranlagen unter Berücksichtigung von Diversitätsaspekten
- Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger*innen sowohl an Projekten der Stadtwerke Lübeck als auch in genossenschaftlichen Zusammenschlüssen
- finanzielle Anreize, wie die Bezuschussung von Balkon-Kraftwerken
- Strategie für die Nutzung von grünem Wasserstoff

In der Bürgerschaft haben wir beantragt, dass die Stadtwerke Lübeck prüfen möge, ob das bestehende Gasnetz für grünen Wasserstoff geeignet ist.

Soziales

Armut in Lübeck hat viele Ursachen: Erwerbslosigkeit, Krankheit, fehlende bedarfsgerechte Kinderbetreuung, so dass eine Erwerbstätigkeit zur Sicherung des eigenen Lebensunterhaltes nicht möglich ist, unzureichende Renten u.v.m.

Die Folge hiervon ist, dass ein erheblicher Teil der Lübecker Bevölkerung soziale Transferleistungen wie Arbeitslosengeld, Wohngeld oder auch Bürgergeld benötigt, und jedes 4. Kind in Lübeck in Armut lebt.

Armut grenzt Menschen dauerhaft aus der Gesellschaft aus. Der Kampf gegen die Armut und Maßnahmen zur Ermöglichung von sozialer und kultureller Teilhabe bleiben daher eine wesentliche Aufgabe auch in der Kommunalpolitik. Ein Rückzug aus den nur sogenannten „freiwilligen Leistungen" gerade in der Sozialpolitik ist keine Antwort auf die Haushaltsnot der Stadt. Auf lange Sicht wird er die finanzielle Schieflage eher verschärfen als lösen können.

Die GAL engagiert sich daher für ein soziales Lübeck und damit die nachfolgenden Punkte:

- Erhalt und Ausbau des vorhandenen Angebotes sozialer Beratungen und Dienstleistungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge, verbunden mit einer klaren Absage an alle Privatisierungsbestrebungen

- transparente und leicht zugängliche Informationen über Chancen, Angebote und Ansprüche auf soziale und finanzielle Hilfen

- eine finanzielle Sanierung der Städtischen Senior*inneneinrichtungen ohne Stellenabbau und ohne Einschränkungen der Versorgungsqualität
  Dazu gehört auch der Erhalt der stationären Altenpflegeeinrichtung im Heiligen-Geist-Hospital in der Lübecker Altstadt. Keine Privatisierung!

- gegen steigende Mieten und Energiepreise, die einen immer größeren Teil des Einkommens sozial benachteiligter und gering verdienender Bevölkerungsteile aufzehrt, die sich gegen diese Entwicklung nicht wehren können

- das Verbot der Abschaltung von Strom und Gas bei Menschen, die soziale Transferleistungen beziehen

    - An die Stelle von Stromabschaltungen sollen sowohl Anstöße zur (mehrsprachigen) praxistauglichen Energieberatung der Stadtwerke als auch finanzielle Hilfen bei der Umrüstung auf energiesparende Haushaltsgeräte gegeben werden

- eine Anhebung der Mietobergrenzen für die Beantragung und Bewilligung von Wohngeld entsprechend der realen Mieten in Lübeck

- kostenfreien ÖPNV für Kinder und Jugendliche bis zum Ende ihrer Ausbildung sowie das 1 €/Tag Ticket.
  (Siehe auch → Verkehrswende)

- in den Ferien freier Eintritt in den städtischen Schwimmbädern für Kinder und Jugendliche bis zum Ende

ihrer Ausbildung

- Der öffentliche Raum Lübecks muss Barrierefreiheit garantieren, damit alle Menschen gleichermaßen am Leben teilhaben können

    - Dazu gehören breite Gehwege, die mit Kinderwagen, Rollatoren, Rollstuhl etc. problemlos genutzt werden können, barrierefreie Zu- und Aufgänge zu und innerhalb von allen öffentlichen Gebäuden inklusive der Schulen und Kitas, behindertengerechte WCs in öffentlichen Gebäuden, Schulen und Kitas sowie ausschließlich inklusive Spielplätze

- Unterstützung des Ehrenamts in Lübeck als Ergänzung zu den unverzichtbaren hauptamtlichen Strukturen. Ehrenamt (Vereine, aber auch Initiativen) benötigt hierfür kostenfrei nutzbare Räumlichkeiten mit technischer Ausstattung in städtischen Gebäuden

- im Behindertenbeirat eine Interessensvertretung von Kindern, die von Behinderung betroffen oder bedroht sind, ihre Interessen aber aufgrund fehlender Volljährigkeit nicht selber im Beirat leisten können bzw. dürfen

- langfristig und auskömmlich ausgestattete Budgetverträge mit der Wohlfahrtspflege und freien Trägern, so dass auch dort Tariflöhne gezahlt und immer Fachkräfte eingestellt werden können

- Entwicklung von öffentlichen Versorgungsstrukturen, die (wieder) sicherstellen, dass Menschen ohne „Armenspeisung“ durch die ehrenamtlichen Tafeln auskommen können, die durch den Rückzug des Sozialstaates aus seinen Verpflichtungen entstanden sind, um die Not der finanzschwachen Menschen aufzufangen und zu lindern

- Erhalt und Ausweitung der Angebote und Hilfen für Menschen in Obdachlosigkeit. Dusch- und Aufwärmbus in städtischer Regie, Ausweitung der Unterkünfte, kostenfreie Ausstellung von Ausweispapieren

- Einrichtung von mehr Wohnmöglichkeiten für Familien und Frauen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind

- Drogenpolitik: Prävention ausbauen, Abkehr von restriktiver Drogenpolitik: Hilfe statt Sanktionen und Ausgrenzung, Drogenkonsumraum einrichten

Alleinerziehende in Lübeck

In Lübeck gibt es knapp 6.000 alleinerziehende Elternteile, wobei der Anteil von Frauen ungleich höher ist. Laut Statistischem Bundesamt sind in Städten mit über 200 000 Einwohner*innen 89 % der alleinerziehenden Eltern Frauen. Bundesweit steigt die Zahl alleinerziehender Eltern stetig.

Alleinerziehende Frauen sind häufig aufgrund von Erziehungszeiten, Teilzeitbeschäftigungen akut von Armut betroffen und in Folge von Altersarmut bedroht (bundesweit 33,9 %). In Lübeck erhalten sogar 44 % alleinerziehender Eltern Bürgergeld bzw. Arbeitslosengeld. Das heißt, in Lübeck lebt etwa jedes 4. Kind in Armut.

Viele Schwierigkeiten, die alleinerziehende Eltern betreffen, basieren auf bundes- und landesrechtlichen Vorgaben und können nur von den dort Verantwortlichen gelöst werden. Auf kommunaler Ebene engagiert sich die GAL, um Alleinerziehenden Unterstützung zukommen zu lassen und Probleme wie Altersarmut im Idealfall abzubauen.

Für diese Themen, die insbesondere alleinerziehende Eltern in Lübeck betreffen, setzt sich die GAL ein:

- qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, ausgerichtet auf den zeitlichen Bedarf von Einelternfamilien (z.B. in Randzeiten, am Wochenende)
- keine Steigerung der Verpflegungskosten in den Lübecker Kitas, weil diese allein von demjenigen Elternteil zu tragen sind, bei dem das Kind lebt
- Beitragsfreiheit von (außer-)schulischer Bildung
- Erhalt und Ausbau der Familienzentren
- Einrichtung niedrigschwelliger Beratungsangebote für alleinerziehende Eltern („Alleinerziehenden-Lotsen" der Stadt Lübeck, Einbinden der Familienzentren)
- verbindliche Beteiligung von betroffenen Bevölkerungsgruppen (z.B. Alleinerziehenden) an politischen Beschlüssen bzw. Verwaltungsvorlagen
- Erhalt der Beratungsangebote der Frühen Hilfen am Marienkrankenhaus (Standort Innenstadt)
- Erhalt aller bisherigen Beratungs- und Hilfeangebote für Familien und (mehrsprachige) Information darüber
- Bereitstellen digitaler Endgeräte für alle Schulkinder
- kostenlose Nutzung des ÖPNVs für Lübecker Kinder und Jugendliche bis zum Ende ihrer Ausbildung

Wir engagieren uns für weitere Unterstützungs- und Förderangebote, die auch Alleinerziehende betreffen.

(Siehe auch → Kinder und Jugend
→ Soziales
→ Stadtgestaltung/ Wohnen ist Menschenrecht
→ ÖPNV)

Bisher hat die GAL unter anderem nachfolgendes für alle Eltern in Lübeck erreicht:

- Schließzeitenreduzierung von 30 Tagen auf 20 im Jahr in allen städtischen Kitas/Horten/betreuten Grundschulen, davon max. 14 Tage am Stück
- Synchronisierungsbeschluss zu den Schließzeiten aller Betreuungseinrichtungen (Kitas, Horte, Schulen)

- Rettung der Horte mit den hohen qualitativen Betreuungsstandards nach dem Kita-Gesetz
- Bürgerschaftsbeschluss zum Umsetzen der Hort-Standards in allen schulischen Betreuungseinrichtungen, auch im Ganztag
- keine Verdoppelung der Verpflegungskosten in den städtischen Kitas über ein Moratorium bis Ende 2023
- bis 2024 eine Subventionierung der Verpflegungskosten in der Kindertagespflege und den Kitas freier Träger

Kinder und Jugendliche

Die GAL fordert die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und der Kernziele des *Nationalen Aktionsplans* für ein kindgerechtes Deutschland auf kommunaler Ebene.

Mehr als 7.000 Kinder unter 18 Jahren beziehen in Lübeck Sozialleistungen nach SGB 2. Das bedeutet, statistisch lebt jedes vierte Kind in Lübeck mit seiner Familie an oder unterhalb der Armutsgrenze. Bezogen auf die einzelnen Sozialräume gibt es Stadtteile, in denen 30 bis über 40 Prozent der Kinder auf Sozialleistungen angewiesen sind. Besonders betroffen sind Kinder mit Migrationsgeschichte.

Die Zahlen sind seit Jahren nahezu unverändert hoch. Das liegt stark an einer seit Jahrzehnten verfehlten Sozial- und Bildungspolitik auf Bundesebene. Umso stärker müssen wir uns als Gesellschaft für das Recht aller hier lebenden Kinder auf Gesundheit, Bildung, Mitbestimmung und für ihren Schutz einsetzen. Je früher Unterstützungsangebote ansetzen, desto wirkungsvoller sind diese im weiteren Lebensverlauf von Kindern und Jugendlichen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass

1. die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe weiterhin finanziell und personell erhalten bleiben, weiterentwickelt und gestärkt werden und

2. präventive Maßnahmen, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien weiterhin angeboten, ausgebaut und ausreichend finanziert werden.

   Dazu zählen unter anderem:

   - Familienzentren als niedrigschwellige Beratungsstellen für (werdende) Mütter und Väter in allen Stadtteilen, Willkommensbesuche durch Hebammen nach Geburt eines Kindes, Angebote der Frühen Hilfen, Frühförderung/ Mobile Frühförderung
   - Maßnahmen gegen Kinderarmut, wie z.B. Erhalt des Bildungsfonds, kostenlose Mahlzeiten in Kitas und Schulen
   - Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und für Schulabgängerinnen ohne Schulabschlüsse

- Jugendmigrationsdienst
- Straßensozial- und Schulsozialarbeit
- Informationen über Beratungs- und Hilfeangebote in verschiedenen Sprachen

3. Wir setzen uns dafür ein, dass unter breiter Beteiligung der Freien Wohlfahrtsverbände, Sozialer Träger und Beratungsstellen ein Konzept gegen Kinderarmut erarbeitet wird, das nicht allein die längst bekannten Ursachen, sondern auch die politischen Entscheidungsebenen konkret benennt, um diese städteübergreifend in die Pflicht zu nehmen. Perspektivisch bleiben wir sonst auf kommunaler Ebene damit beschäftigt, Symptome zu lindern, statt Ursachen anzugehen.

Kinder haben Rechte

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder und Jugendliche ihre Rechte erfahren und lernen, diese wahrzunehmen. Wenn die Interessen von Kindern und Jugendlichen berührt sind, müssen diese in politische und Verwaltungsentscheidungen in altersangemessenen Beteiligungsformen in Erfahrung gebracht und einbezogen werden. Das ist bisher nicht konsequent der Fall.

Wir setzen uns ein für

- die weitere personelle Stärkung der Fachstelle Kinder – und Jugendbeteiligung
- einen „Platz für Kinderrechte“. Dieser soll mit Kindern und nach ihren Wünschen in zentraler Lage gestaltet und umbenannt werden. Ein Vorschlag unsererseits wäre, den Schrangen dafür zu nehmen.
- Maßnahmen und Aktivitäten, die Kindern und Jugendlichen demokratische Prozesse nahebringen und ihnen ermöglicht, sich stärker daran zu beteiligen und ihre Anliegen und Bedarfe zu formulieren, z.B. durch
    - Einwohner*innenversammlungen für Kinder und Jugendliche, stadtteilbezogen und in Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendzentren
    - ein Kinder- und Jugendforum
    - die Einrichtung eines Kinder- und Jugendhaushalts
    - Stärkung des Stadtschüler*innenparlaments
    - das Projekt „Schülerhaushalt“ an allen Schulen

Die GAL setzt sich darüber hinaus ein für

- kinder- und jugendgerechte Stadtraumentwicklung unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- Erhalt und Schaffung von neuen Freiräumen für Kinder und Jugendliche

- Schaffung neuer Sport-, Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten in allen Stadtteilen (Siehe auch → Sport)
- Erhalt und Pflege der bestehenden Spielplätze sowie die stadtweite Umgestaltung der Spielplätze zu inklusiven Spielplätzen zur Nutzung auch für Kinder mit körperlichen Behinderungen, Einrichtung von naturnahen Spielplätzen
    - Nicht genutzte Spielplätze sollen als Grünflächen erhalten bleiben oder als Verweilorte umgestaltet werden.
- finanzielle Unterstützung der Bauspielplätze
- Erhalt der bestehenden Jugendtreffs und Jugendzentren mit geschlechtergerechten Angeboten
- langfristigen Erhalt und Unterstützung der Alternative e.V.
- mehr kostenlose und kostengünstige sowie interkulturelle Ferienpassangebote inkl. mehr Informationen und Unterstützung für geflüchtete Kinder und Jugendliche, um Ferienpassangebote wahrnehmen zu können
- kostenfreien Besuch der Lübecker Museen für alle Kinder und Jugendlichen bis zum Ende ihrer Ausbildung
- die Förderung von Theater-, Kunst- und Musikangeboten für Kinder und Jugendliche

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge / Ausländer (umA)

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bedürfen unseres besonderen Schutzes. Wir konnten in der Vergangenheit als GAL dafür sensibilisieren, dass Maßnahmen der Jugendhilfe über das 18. Lebensjahr hinaus gewährt werden. Auch haben wir mit einem Antrag durchsetzen können, dass geflüchtete Jugendliche mit Erreichen des 18. Lebensjahrs nicht in eine Gemeinschaftsunterkunft ziehen müssen, sondern spezielle Wohnformen/ Jugendwohngemeinschaften eingerichtet werden.

Hier zeigt sich jedoch, dass die vorhandenen Plätze in Jugendwohneinrichtungen nicht ausreichend sind und die Anzahl dringend erhöht werden muss, denn die weltweiten Krisen und Kriege führen dazu, dass weiterhin viele Menschen und darunter auch viele unbegleitete Minderjährige Schutz bei uns suchen. Der Übergang für junge Flüchtlinge muss mit Erreichen der Volljährigkeit so gestaltet werden, dass sie die Chance auf einen Schulabschluss und Ausbildung/Studium erhalten und dabei unterstützt werden.

Die Übernahme einer Einzelvormundschaft ist der Vormundschaft durch das Jugendamt vorzuziehen. Das Lübecker Vormundschaftsprojekt NICHT ALLEIN erfährt unsere Unterstützung.

(Siehe auch → Migration und Flucht – gesellschaftliche Vielfalt in Lübeck)

Bildung und Betreuung

Die GAL engagiert sich für Bildungsgerechtigkeit in der Kindertagesbetreuung (Kita, Hort, Kindertagespflege, Betreute Grundschule) und allen Schulen Lübecks. Dies bedeutet kostenlose inklusive Betreuung und Bildung aller Kindern nach den Vorgaben der UN-Kinderrechts- und UN-Behindertenrechtskonvention. Kein Kind darf aufgrund seiner Herkunft, seines Elternhauses, seiner Sprache, seines Geschlechtes oder körperlicher und/oder psychischer Eigenschaften von der gemeinsamen Bildung zusammen mit allen anderen Kindern ausgeschlossen oder benachteiligt werden. Jedes Kind muss in jeder Regeleinrichtung die Bedingungen vorfinden, die es für ein gesundes Aufwachsen und seine Bildung benötigt.

Wir setzen uns speziell im Bereich der Kindertagesbetreuung ein für

- multiprofessionelle Teams unter Einhaltung des Fachkräftegebotes
- ausreichend pädagogisches Betreuungspersonal und eine weitere Verbesserung des Betreuungsschlüssels, gemäß wissenschaftlicher Empfehlungen, 1:3 in der Krippe, im Kindergarten 1:7,5 und in der betreuten Grundschule 1,5 Fachkräfte zu 15 Kindern, wie es in Kita-Horten Standard ist
- mehrsprachige Betreuungsangebote
- gender- und interkulturelle Fortbildungsprogramme für pädagogische Mitarbeitende
- Zugänglichkeit von Weiter- und Fortbildungsangeboten für alle Mitarbeitenden, um berufliche Aufstiegschancen zu ermöglichen
- Vergütung der Ausbildung zur Erziehenden vergleichbar mit Berufen des Berufsausbildungsgesetzes. (Die praxisorientierte bezahlte Ausbildung ist ein erster Schritt in diese Richtung, reicht jedoch bei weitem nicht aus, um dem aktuellen und zukünftig steigenden Fachkräftemangel nachhaltig in Lübeck begegnen zu können).

Die notwendigen finanziellen Mittel für eine chancengerechte, inklusive und diskriminierungsfreie Bildung in der Kinderbetreuung und Schulen müssen den Bildungseinrichtungen über kommunale, landes- und bundesweite Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- die Verpflegung in allen Kitas, Horten, Schulen und in der Kindertagespflege nachhaltige Kriterien verbindlich erfüllt: bio, fair, regional und saisonal als Beitrag zu gesunder und klimaschonender Ernährung.
- jedes Kind in der Betreuten Grundschule täglich ein warmes Mittagessen erhält

Grundsätzlich befürworten wir eine kostenfreie Mittagsverpflegung, um Hemmschwellen für Eltern mit geringen Einkommen abzubauen.

Wir engagieren uns dafür, dass der Betreuungsumfang in allen Betreuungsformen, inklusive einer Betreuung an

den bestehenden Förderschulen, den Bedarfen der Kinder und ihren Eltern entsprechen muss. Hierzu gehören eine verlässliche Früh- und Spätbetreuung und für den „Ganztag an Schule“ eine qualitativ hochwertige Ferienbetreuung - ohne Zusatzbeiträge für Eltern.

Als GAL konnten wir durch Anträge und Anfragen in der Bürgerschaft und in den Ausschüssen bisher folgende Verbesserungen erreichen:

- maximal 20 Schließtage im Jahr in Kitas und Betreuter Grundschule
- bessere Synchronisierung der Schließzeiten in Kitas und Betreute Grundschulen
- Erhalt bestehender Horte
- Durchsetzung des gesetzlich verankerten Kündigungsverbots von Betreuungsverträgen in städtischen Kitas aufgrund einer Behinderung oder drohender Behinderung von Kindern
- Geschwisterermäßigung auch für Betreute Grundschulen inkl. der Förderschulstandorte und Freien Schulen Lübecks
- die hohen Qualitätsstandards der Kita-Horte (Fachkräftegebot, Betreuungsschlüssel, Früh- und Spätbetreuung) sind auch in den „Betreuten Grundschulen“ einzuführen
- Qualitätsverbesserungen durch Neuberechnung der Raumbedarfe in den Betreuten Grundschulen
- Sicherstellung, dass der Betreuungsumfang in der Kindertagespflege analog zur Kita bis zu 45 Stunden pro Woche für Kinder ab einem Jahr betragen darf, und von Eltern entsprechend angemeldet werden kann
- Verhinderung der geplanten Kostensteigerung in städtischen Kitas für Betreuung und Verpflegung
- Bezuschussung der Verpflegungskosten in Höhe von monatlich 50 € für jedes Kind in Kitas freier Trägerschaft und in der Kindertagespflege, zunächst bis 31.12.2023
- Die Verwaltung prüft die Umsetzung des Modells, den Verpflegungskostenanteil für Eltern auf maximal 40 € monatlich zu deckeln und Betreuungseinrichtungen einen Defizitausgleich zu zahlen
- Verbesserung der Sozialstaffel
- eine Überprüfung des Raumklimas in Schulen und Kitas durch CO2-Messgeräte, deren Werte transparent auf der städtischen Internetseite dargestellt werden, z.T. Verbesserungen der Luftqualität durch mobile Luftfilter

Für uns als GAL ist eine qualitativ gute, bedarfsgerechte Betreuung von der Krippe bis zum „Ganztag in Schule“ auch weiterhin ein Schwerpunkt unserer kommunalpolitischen Arbeit. Wir sind uns bewusst, dass der Fachkräftemangel ein riesiges Problem darstellt, um hohe Qualitätsansprüche bei gleichzeitig bedarfsorientierten Betreuungszeiten zu erfüllen. Dennoch dürfen wir von diesem Anspruch nicht abweichen. Bundes- und

Landespolitik haben es über Jahre versäumt, ausreichend finanzielle Mittel für eine Verbesserung des Bildungs- und Betreuungssystems zur Verfügung zu stellen, und die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für pädagogisches Personal so attraktiv zu gestalten, dass kein Fachkräftemangel entsteht. Wir werden auf kommunaler Ebene weiterhin Druck machen, und uns konsequent für Verbesserungen stark machen.

Konkret engagieren wir uns auch zukünftig dafür, dass

- Kinder endlich bedarfsgerecht ganzjährig in Krippen und Kita aufgenommen werden und nicht nur zu Beginn des Kita-Jahres
- weitsichtig ausreichend viele Krippenplätze, Kita- und Hortplätze in Lübeck geschaffen werden und nicht mit einem Rückgang der Geburtenzahlen spekuliert wird. Zunehmende Kriege und Krisen werden auch in Zukunft Familien dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen.
- Schließzeiten von Kitas, Kindertagespflege, Horten und betreuten Grundschulen verlässlich synchronisiert werden
- die hohen Qualitätsstandards der Horte in allen Einrichtungen der Schulkindbetreuung angewendet werden
- die Bedarfsplanung der Schulkinderbetreuung den Zeitraum vom Schuleintritt bis zum 14. Lebensjahr umfasst
- die bestehenden Kita-Horte Lübecks erhalten bleiben und nach Bedarf ausgebaut werden.
- Bildung muss im Sinne der Bildungschancengerechtigkeit stets kostenfrei sein. Daher lehnen wir jegliche Beitragserhöhungen für Betreuung und/oder Verpflegung ab.

Bis die volle Beitragsfreiheit auf Landesebene durchgesetzt wird, engagieren wir uns dafür, dass der Elternbeitrag für Verpflegungskosten in allen Einrichtungen von der Krippe bis zur Schule sowie in der Kindertagespflege auf einem niedrigen Niveau gedeckelt wird, und die Stadt Lübeck das Defizit der tatsächlichen Kosten ausgleicht, so wie es in der Stadt Kiel seit vielen Jahren praktiziert wird. Dort zahlen Eltern pro Monat maximal 40 Euro für die Mittagsverpflegung.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass in der Kindertagespflege Lübeck eine auskömmliche Sachkostenpauschale durch die Stadt Lübeck gezahlt wird.

Schule

Gute Bildung ist eine Voraussetzung für gesellschaftliche Chancengleichheit. Gute Bildung setzt eine baulich intakte und leistungsfähige Schulinfrastruktur voraus, die auch die Nutzung digitaler Lernangebote ermöglicht. Die Sanierung und Modernisierung der Lübecker Schulen ist dafür ebenso wichtig wie sichere Rad- und Schulwege.

Die GAL tritt dafür ein

- einen guten Übergang zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen zu schaffen. Hierfür muss das Land Lehrer*innen flächendeckend stundenweise freistellen.
- Grundschulen wohnortnah zu erhalten: kurze Beine, kurze Wege
- Schulsozialarbeit weiter auszubauen und zu stärken
- Pkw-freie Zonen vor Schulen mindestens vor Schulbeginn und nach Unterrichtsschluss, um Kinder auf ihrem Weg zur Schule nicht durch rangierende Pkw zu gefährden, stattdessen Einrichtung von „Hol- und Bring-Zonen“
- (Überdachte) Fahrradabstellflächen und -bügel bedarfsgerecht an allen Schulen zu schaffen inkl. Lademöglichkeiten für E-Bikes durch Photovoltaik
- Schulen bei der Entwicklung zur Inklusion und im Kampf gegen Rassismus zu unterstützen
- Einzelintegration nach Bedarf zu gewähren; der Integrationspool ist für viele Kinder und Jugendliche keine ausreichende Unterstützung
- Qualitativ hochwertige Schulkinderbetreuung:
    - für den Erhalt der sogenannten Kita-Horte mit den hohen kitagesetzlichen Qualitätsstandards
    - Schaffung von Hort-Standards an den Betreuten Grundschulen/Ganztag an Schule
    - ausreichend viele Betreuungsplätze an Schulen und in Horten schaffen.
    - ausreichend Raum- und Platzbedarf für Unterricht und Ganztagsbetreuung zu schaffen. Das bedeutet im Einzelfall den Neubau von Schulen und Schaffung von Betreuungsräumen außerhalb von Schulgebäuden, wenn diese keinen angemessenen Platz bieten.
- kostenlose warme Mahlzeiten für alle Kinder, hierbei treten wir dafür ein, das Essen auf nachhaltige Kriterien umzustellen
- das Mitspracherecht von Schüler*innen durch die Unterstützung von Schülerinnenvertretungen zu stärken
- Einführung von Budgets an allen Schulen, über deren Verwendung die Schüler*innen entscheiden
- alle Schulen bedarfsgerecht mit Hausmeisterdiensten auszustatten

Sport

Breitensport in Schule und Freizeit spielt eine wichtige Rolle - sowohl als sinnvoller Ausgleich für Bewegungsmangel und auch als Feld für gelungene soziale Integration. Wir unterstützen die neue Sportentwicklungsplanung und begrüßen hierbei die erfolgte Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in den Quartieren. Die geäußerten Wünsche und Bedarfe zeigen, dass selbstorganisierte Individualsportarten wie Klettern, Bouldern, Xletics, Parkour, Breakdance, Skateboarding, Radfahren oder auch das selbstorganisierte Basketballspielen enorm zugenommen haben. Es müssen deutlich mehr Angebote in den Stadtteilen entstehen, ob auf Schulhöfen an Wochenenden oder in Sporthallen bei Leerbetrieb.

Insbesondere setzen wir uns für Angebote für Kinder und Jugendliche ein, die – ohne Mitglied in einem Sportverein zu sein - genutzt werden können, wie es bei der Sport- und Freizeitanlage an der Falkenwiese oder der Skateanlage an der Kanalstraße der Fall ist. Die bestehenden Angebote zeigen aber auch, dass sie nicht ausreichend sind und deshalb perspektivisch in allen Stadtteilen entsprechende Angebote zu schaffen sind.

Neben der Unterstützung des Sportentwicklungsplans und oben genannter Angebote macht sich die GAL stark für

- die Öffnung der Turn- und Sporthallen zur Nutzung in Ferienzeiten
- Skateparks in vielen Stadtteilen
- die Hallennutzung für Skaten und weitere Rollsportarten im Winter
- für den Ausbau städtischer Sportanlagen und die kostenfreie Nutzungsmöglichkeit durch die allgemeine Bevölkerung
- einen Spiele- und Bewegungsparcours durch die Lübecker Innenstadt
- Unterstützung bestehender Vereine und Einrichtungen, die zum Teil immer noch die Folgen des zweijährigen Ausnahmezustands während der Pandemie aufarbeiten und Kinder und Jugendliche zurückgewinnen müssen.

Tierschutz

Tierschutz ist Teil des Grundgesetzes. Im Tierschutzgesetz ist festgeschrieben, dass „niemand einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen“ darf. Tiere in der Natur benötigen noch auf andere Weise Unterstützung, weil ihr Lebensraum immer mehr eingeschränkt wird durch menschliches Handeln. Tierschutz bedeutet also gleichzeitig Umweltschutz. Aus diesen Gründen setzt sich die GAL für den Tierschutz in Lübeck ein.

Das Tierheim in Lübeck (Tierschutz Lübeck und Umgebung e.V.) leistet wertvolle Arbeit und lebt stark von dem ehrenamtlichen Engagement der Bürger*innen, die sich bei der Versorgung der Tiere, „Katzenkuscheln“, „Gassigehen“, Organisation des Tierheimflohmarkts oder der Kindergruppen einbringen. Auch trägt das Tierheim mit verschiedenen Projekten entscheidend zur Tierschutz-Bildung von Kindern und Jugendlichen bei.

Aufgrund unvorhersehbarer Tierfunde oder Abgaben von Tieren – insbesondere während der Pandemie fehlen dem Verein immer wieder finanzielle Mittel.

Wir befürworten eine auskömmliche finanzielle Unterstützung des Tierschutz Lübeck und Umgebung e.V., um den Betrieb, das Sichern und die Versorgung von (Fund-)Tieren dauerhaft zu gewährleisten. Grundlage hierfür könnte das Berechnungstool des Deutschen Tierschutzbundes sein.

Des Weiteren setzen wir uns seit Jahren für ein Konzept für den tierartgerechten Umgang mit den Stadttauben in Lübeck ein. Ziele sollten u.a. eine Geburtenregulierung und Verringerung von Schmutz durch Taubenkot sein. Festgelegte Futterplätze würden Gesundheitskontrollen ermöglichen und schwerer zu entsorgenden Hungerkot vermeiden.

Demokratie

Kommunale Demokratie lebt von Transparenz, Beteiligung, Engagement und Einmischung. Das ist für Politik mitunter unbequem. Doch auch in Lübeck zeigt sich immer wieder, dass durch Initiativen aus der Zivilgesellschaft und Beschlüsse der Einwohner*innenversammlung wichtige Impulse für Lübeck hervorgehen und politische Entscheidungen zur Folge hatten.

Beispielhaft sei die Bewegung Fridays For Future genannt, die es geschafft hat, das Thema Klimakrise weit oben auf die politische Agenda zu setzen. Weiteres Beispiel sind die Elterninitiativen „HortretterInnen“ und „Elternstimme“, die erreichen konnten, dass die Horte gerettet, Standards in Betreuten Grundschulen sowie die Betreuungszeiten in Kitas und Ganztag an Schule verbessert wurden. Die Bebauung der Kohlenhofspitze auf dem Priwall konnte durch den Protest vieler Lübecker*innen verhindert werden. Und auch die Aufnahme vieler geflüchteter Menschen in der Hansestadt konnte in den vergangenen Jahren nur durch Unterstützung vieler ehrenamtlich Engagierten so gut gelingen.

Als GAL erkennen wir den Wert für eine Gesellschaft, in der viele Menschen Verantwortung übernehmen und sich in politische Entscheidungen einmischen wollen. Deshalb haben wir oben genannte Initiativen maßgeblich unterstützt und zum Teil mitgegründet. Seit Bestehen der GAL Wähler*innengemeinschaft machen wir uns dafür stark, demokratische Beteiligungsstrukturen zu verbessern und zu stärken. Dazu gehört vor allem auch, dass junge Menschen möglichst frühzeitig prägende positive Erlebnisse demokratischer Mitbestimmung erfahren.

Wir unterstützen Maßnahmen, die zu einer lebendigen, engagierten Stadtgesellschaft beitragen, wie:

- die Einführung von Bürger*innenräten
  Für einen Bürger*innenrat werden die Teilnehmer*innen zufällig aus der Bevölkerung ausgelost**.** Akademiker*innen sitzen dort neben Handwerker*innen, Rentner*innen neben Jugendlichen, hier geborene Menschen neben Zugewanderten. Ihre Aufgabe ist es, gemeinsam Lösungen für politische Probleme vorzuschlagen. Diese Empfehlungen werden der Bürgerschaft zur Beratung vorgelegt

- Ortsbeiräte mit Vorschlagsrecht für alle Angelegenheiten, die den Ortsbezirk angehen

- Beibehaltung von mindestens zweimal jährlich stattfindenden Einwohner*innenversammlungen. Die Termine müssen weit im Voraus festgelegt und gut beworben werden, damit möglichst alle Lübecker*innen davon erfahren und sich daran beteiligen

- Einwohner*innenversammlung für Kinder und Jugendliche
(Siehe auch → Kinder und Jugendliche)

- eine Vereinfachung der Bürger*innenfragestunde in der Bürgerschaft und Ausweitung auch auf die Sitzungen der Fachausschüsse. Das bisherige formale Verfahren soll vereinfacht werden, um auch mündliche, spontane Fragen zu ermöglichen.

- die stärkere Mitbestimmung in den Stadtteilen durch die Einführung von Stadtteilbudgets, mit denen die Menschen vor Ort im Rahmen von Stadtteilversammlungen oder Sitzungen des Ortsbeirats unbürokratisch Verbesserungen in ihren Stadtteilen herbeiführen können, zum Beispiel das Anlegen von Wildblumenwiesen, ein öffentlicher Bücherschrank, Baumpflanzungen, Spielgeräte etc.

- mehr Einmischung und Mitbestimmung durch junge Menschen:
Hierfür reicht es nicht, hier und dort anlassbezogene Beteiligungsverfahren durchzuführen. Damit Kinder und Jugendliche eigenständig über ihnen wichtige Themen reden und Entscheidungen treffen können, machen wir uns weiterhin für ein Kinder- und Jugendforum stark, das über ein eigenes Budget verfügen kann. Das Konzept und die Rahmenbedingungen sollen gemeinsam von und mit Kindern und Jugendlichen erarbeitet werden. Die neu eingerichtete Jugendapp kann hierbei nützlich sein, um sich stadtteilübergreifend zu vernetzen.

- die verpflichtende frühzeitige Beteiligung von Bevölkerungsgruppen insbesondere bei Großprojekten

- eine familienfreundlich strukturierte und gestaltete Kommunalpolitik

Frauen und Gleichstellung

Die Gleichberechtigung der Frauen bleibt eine zentrale Aufgabe. Frauen sind häufiger von Armut und damit einhergehender Altersarmut betroffen. Dies sind Folgen gebrochener Berufsbiografien. Denn immer noch tragen Frauen neben ihrer Berufstätigkeit die Hauptlast der Arbeit in den Familien und Haushalten oder bei der Pflege von Angehörigen. Hinzu kommt die zunehmende Anzahl Alleinerziehender und das weiterhin unzureichende, sich verschlechternde Kinderbetreuungsangebot durch den Fachkräftemangel. Auch wenn wir als GAL bereits dazu beigetragen haben, Kinderbetreuungsangebote bedarfsorientiert zu verbessern und auszuweiten, bleibt eine Erwerbstätigkeit in Vollzeit für Väter und Mütter nach wie vor schwer zu realisieren.
(Siehe auch → Alleinerziehende)

Gleichstellung der Geschlechter

Jedes Jahr aufs Neue zeigt der »Equal Pay Day«, wie weit wir noch von gleicher Bezahlung entfernt sind. Im Durchschnitt beträgt der Gender Pay Gap 18 Prozent. Dieser geschlechtsspezifische Lohnunterschied ist ein Skandal und muss in unserer Gesellschaft auch in Lübeck stärker thematisiert werden, um strukturelle Ursachen anzugehen.

In der Lübecker Kommunalpolitik sind Frauen stark unterrepräsentiert. Würden mehr Frauen in Lübeck mitbestimmen, wäre die politische Schwerpunktsetzung vermutlich nicht dieselbe, und Haushaltspläne würden aus einem anderen Blickwinkel erstellt.

Wir gehen mit gutem Beispiel voran: Bei der GAL stehen Frauen auf den ersten drei Listenplätzen zur Kommunalwahl, ab Platz vier geht es paritätisch weiter.

Wir befürworten eine Quote in allen städtischen und kommunalen Zuständigkeitsbereichen. Dazu gehört z.B. die paritätische Besetzung der Bürgerschaft und Ausschüsse, von Ausschussvorsitzen, Senator*innenposten oder Bereichsleitungen.

Wir unterstützen alle Bemühungen der Verwaltung, allen Geschlechtern und somit auch allen Männern die Übernahme von Care-Aufgaben durch flexible Arbeitszeiten und flexible Arbeitszeitmodelle zu ermöglichen und sie hierzu zu ermutigen.

Frauen sind den Gefahren häuslicher und sexueller Gewalt ausgesetzt. Frauen und ihre Kinder, die alleinreisend nach Deutschland geflüchtet sind, haben in ihren Heimatländern und auf der Flucht häufig Gewalt erfahren und benötigen unseren besonderen Schutz.

Konkret unterstützen wir

- Lübecker Frauenprojekte und -Initiativen finanziell abzusichern
- eine auskömmliche Finanzierung der Frauenhäuser in Lübeck
- das Lübecker Frauenbüro mit einer weiteren Personalstelle auszustatten
- die Umsetzung von Gender Budgeting
- Maßnahmen, die zu mehr Sicherheit für Frauen beitragen

Queer-Community: LSBTQ*

Die GAL engagiert sich für Menschenrechte, Respekt und Vielfalt. Wir wollen dazu beitragen, dass die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen stärker wahrgenommen und sie als

selbstverständlicher Teil der Gesellschaft anerkannt werden. Nur gemeinsam können wir Homophobie bekämpfen.

Die GAL setzt sich ein für

- den Schutz von homo- und transsexuellen Flüchtlingen bei der Unterbringung und Integration
- eine bedarfsgerechte Finanzierung
    - des Jugendnetzwerks lambda::nord e.V.
    - der Aidshilfe Lübeck für sexuelle Gesundheit e.V.

Ebenso unterstützen wir die Durchführung des Christopher Street Day in Lübeck. Das jährliche Hissen des Regenbogenbanners am Rathaus geht auf das Engagement und den Antrag eines Mitglieds der GAL zurück.

Rassismus, Antisemitismus

Rassismus ist seit Jahrhunderten tief in unserer Gesellschaft verwurzelt. Vorurteile und Diskriminierung, die sich auf Herkunft, Religion oder Hautfarbe beziehen, ziehen sich durch alle Lebensbereiche und gesellschaftliche Schichten, nicht selten mit dramatischen Folgen für die Betroffenen. Der Ursprung von Rassismus geht auf Columbus zurück. Die Kolonisierung Afrikas und Versklavung von 35 Millionen Afrikaner*innen verfestigte die These der Überlegenheit weißer Menschen. Wissenschaftlich belegt ist längst, dass das Erbgut aller Menschen zu 99,99 Prozent gleich ist. Alltags- und struktureller Rassismus ist den meisten Menschen nicht bewusst, wenn sie nicht selbst betroffen sind. Deshalb finden in der Regel in der Mehrheitsgesellschaft auch keine Reflexion und Auseinandersetzung mit dem Thema (struktureller) Rassismus und eigenen Vorurteilen statt. Anstelle von Rassismus Betroffenen zuzuhören und ihr Erleben von (Alltags-) Rassismus anzuerkennen, findet vielfach eine Diskussion darüber statt, *was denn überhaupt noch gesagt werden dürfe*. Hinzu kommt, dass auch offensichtlicher Rassismus, Rechtspopulismus, Antisemitismus und Rechtsradikalismus, die mehrheitlich zwar in unserer Gesellschaft nicht toleriert werden, immer noch nicht ausreichend aufgeklärt und bekämpft werden.

Auf Kinder hat Rassismus nachweislich starken Einfluss auf ihre Identitätsentwicklung, selbst wenn sie oder bereits ihre Eltern in Deutschland geboren wurden und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Umso wichtiger ist es, dass wir uns als Gesellschaft sensibilisieren und ein Augenmerk darauf haben, dass Kinder und Jugendliche, die von Rassismus betroffen sind, ein gesundes Selbstwertgefühl entwickeln können.

Kritische Rassismusforschung findet bisher in Deutschland wenig statt, so dass kaum Aufklärung stattfindet.

Als GAL setzen wir uns dafür ein, dass

- Rassismus vermehrt in Schulen und Jugendzentren thematisiert wird und eine Auseinandersetzung damit stattfindet
- die Durchführung von Vorurteilstests Standard werden, um die selbstkritische Auseinandersetzung mit eigenen Vorurteilen zu fördern

- Fortbildungen zu (Anti-)Rassismus und interkultureller Kompetenz für städtische Angestellte in Servicestellen, in Lehr- und erzieherischen Berufen und in der Ausbildung verpflichtend werden

- in der Stadtverwaltung, in allen Fachbereichen, auf allen Ebenen Menschen mit Migrationsgeschichte arbeiten - dem prozentualen Bevölkerungsanteil entsprechend

- eine volle Personalstelle innerhalb der Stadtverwaltung geschaffen wird: als Anlauf- und Beratungsstelle für von Rassismus oder Antisemitismus Betroffene, um diese Themen konzeptionell anzugehen, darüber aufzuklären und Vorurteile in unserer Gesellschaft abzubauen

Migration und Flucht – gesellschaftliche Vielfalt in Lübeck

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland. Etwa 20 Prozent der Bürger*innen Lübecks sind Menschen mit einem Migrationshintergrund. Schon daraus ergibt sich ein interkulturelles Miteinander der Bevölkerung mit all ihren Potentialen, Chancen und Konflikten.

Für ein gleichberechtigtes Miteinander aller in Lübeck lebenden Menschen, ist es notwendig, dass sich unsere Gesellschaft öffnet, Veränderung zulässt und Integration und Partizipation als wichtige gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgaben ansieht.

Die GAL engagiert sich dafür, dass

- Nicht-EU-Bürger*innen kommunales Wahlrecht erhalten

- die Interkulturelle Öffnung der Verwaltung weiter vorangebracht wird

- der Zugang zu (höheren) Schulabschlüssen, Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen sowie die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen erleichtert werden

- vereinfachte Verfahren entwickelt werden, damit im Ausland erworbene praktische Arbeitserfahrung anerkannt und über gezielte Sprachförderung und praktische Prüfungen nachträglich Zertifikate erteilt werden können

- Familienzusammenführungen beschleunigt werden

Die GAL unterstützt die Umsetzung und beteiligt sich aktiv an der Fortentwicklung des Kommunalen Integrationskonzepts.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass

- das Forum für Migrantinnen und Migranten mit mehr Mitbestimmungsrechten ausgestattet wird. Ein eigenes Budget soll dem Forum ermöglichen, seine bisher ehrenamtliche Tätigkeit zumindest durch

Aufwandsentschädigungen, wie sie in der Bürgerschaft gezahlt werden, aufzuwerten.

- ein Ausschuss gebildet wird, in dem alle Migrationsthemen behandelt werden, mit Rede- und Antragsrecht für Delegierte des Forums für Migrantinnen und Migranten
- Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) unterstützt und ihre Arbeit sichtbar gemacht wird
- in allen Fachbereichen Integrationsbeauftragte benannt werden, um die Umsetzung des Integrationskonzepts als Querschnittsaufgabe innerhalb der Verwaltung voranzubringen
- mehr bilinguale Kitas entstehen und individuelle Mehrsprachigkeit an Schulen im Unterricht gefördert wird

Menschen, die nach Deutschland geflüchtet sind

Nach dem letzten Bericht des UNHCR sind weltweit mehr Menschen vor Verfolgung, Konflikten, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen auf der Flucht als je zuvor. Damit hat sich die Zahl der Flüchtlinge in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- die Stadt Lübeck ausreichend viele Gemeinschaftsunterkünfte in kleinen Wohneinheiten (Lübecker Modell) für die Aufnahme geflüchteter Menschen bereithält, verteilt auf verschiedene Stadtteile. Oberstes Ziel muss bleiben, dafür zu sorgen, dass alle Menschen in Lübeck möglichst zeitnah angemessenen eigenen Wohnraum finden.
- zügig wieder dahin zurückgekehrt wird, mehr Platz pro Person sowie Spiel- und Lernzimmer in den Gemeinschaftsunterkünften vorzuhalten
- Integrations-, Sprach- und Alphabetisierungskurse für Geflüchtete aller Länder weiter nach Bedarf wohnortnah, bei Bedarf inklusive Kinderbetreuung, angeboten werden. Die Angebote an der Volkshochschule sind aufgrund des Fachkräftemangels bei Dozent*innen bei weitem nicht ausreichend.
- Angebote wie „Mama lernt Deutsch“ weiterhin für geflüchtete Frauen bedarfsentsprechend mit Kinderbetreuung bestehen bleiben
- ausreichend viele Plätze in Kitas, Betreute Grundschule und Ganztag an Schule frei gelassen werden, um geflüchtete Kinder möglichst schnell integrieren zu können
- integrative Wohnprojekte entstehen, in denen junge geflüchtete Menschen mit Studierenden und Auszubildenden zusammenleben
- Angebote wie MiMi und das Medibüro erhalten und finanziell gefördert werden, sowie ausreichend viele Therapieangebote zur Traumabewältigung

- Migrations- und Flüchtlingsberatungsstellen erhalten bleiben

- Räume, wie die Interkulturelle Begegnungsstätte im Haus der Kulturen oder Solizentrum erhalten bleiben und die dort geleistete Arbeit gefördert wird

(Siehe auch → Junge Flüchtlinge, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge)

Bisherige Erfolge

Wir konnten in der Vergangenheit erreichen, dass Gemeinschaftsunterkünfte mit WLAN-Zugang versorgt werden und es Flüchtlingen, die in Wohnungen untergebracht werden, nicht länger untersagt wird, einen Internetvertrag abzuschließen. Das Recht auf Zugang zu Information und Internet ist als Grundrecht anerkannt. Auch haben wir uns erfolgreich dafür stark gemacht, dass geflüchteten Menschen in den Gemeinschaftsunterkünften anstelle der 6 m^2 mehr Wohnraum pro Person zugestanden wird sowie Lern- und Spielzimmer eingerichtet werden. Wir haben erfolgreich verhindern können, dass die Gebühren für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften auf den zulässigen Höchstsatz von 458 € pro Monat für einen Platz im Mehrbettzimmer angehoben wurden.

Junge Flüchtlinge, unbegleitete minderjährige Ausländer

Kleinen Kindern mit Fluchthintergrund fällt es in der Regel leicht, wenn sie eine Kindertageseinrichtung besuchen, die deutsche Sprache zu lernen und Freundschaften zu schließen. Für Flüchtlinge, die als Jugendliche nach Deutschland kommen, ist es hingegen ungleich schwerer, denn es bleibt nicht viel Zeit, den Anschluss zu schaffen. Mit 16 Jahren endet die allgemeine Schulpflicht, mit 18 endet die Berufsschulpflicht. Das bedeutet für Jugendliche, dass sie innerhalb weniger Jahre die deutsche Sprache und mitunter auch die Schrift erlernen müssen, sowie unterschiedliche schulische Vorkenntnisse ausgleichen müssen, um überhaupt einen Schulabschluss erreichen zu können. Hinzu kommen häufig Traumatisierung und die belastende Wohnsituation in einer Gemeinschaftsunterkunft. Wir müssen verstärkte Anstrengungen unternehmen, um diesen Kindern und Jugendlichen das Ankommen und eine Zukunft bei uns zu ermöglichen.
Dazu gehört, dass die Berufsschulpflicht, die auf Landesebene festgelegt wurde, nicht mit 18 enden sollte. Junge Flüchtlinge müssen mehr Zeit und auch finanzielle Unterstützung bekommen, um einen angestrebten Schulabschluss erlangen zu können.
Es muss mehr niedrigschwellige Angebote geben, die Schule und praktische Ausbildung miteinander verzahnen.

Wir engagieren uns für

- unterstützende Sprachförderung während der Ausbildung und in den berufsspezifischen Fächern

- finanzielle Unterstützung beim Kauf von Arbeits- und Schulmaterialien sowie Fahrtkosten, um Abbrüche aus finanziellen Gründen zu verhindern

- ausreichend viele Plätze in Jugendwohneinrichtungen und Jugend-Wohngemeinschaften

- Vorrang von Einzelvormundschaften für unbegleitete minderjährige Ausländer*innen

Als GAL haben wir 2017 erfolgreich beantragt, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge mit Erreichen der

Volljährigkeit nicht in eine Gemeinschaftsunterkunft ziehen müssen, sondern Jugend-Wohngemeinschaften eingerichtet werden, in denen die Jugendlichen auch nach dem 18. Lebensjahr weiterhin nötige Unterstützung erhalten können.

Haushalt und Finanzen

Lübeck hat in 2022 erstmalig seit Jahrzehnten einen ausgeglichenen Haushalt, erhält allerdings auch letztmalig Geld aus dem Konsolidierungsfonds des Landes.

Die vielen Baustellen in der Stadt, insbesondere die Brückenerneuerungen, aber auch schlechte Radwege oder übelriechende Schultoiletten zeigen, dass der jahrzehntelange Investitionsstau keinen weiteren Aufschub erlaubt – und auch zukünftig neue Schulden aufgenommen werden müssen.

Als GAL wehren wir uns gegen einen falsch verstandenen Sparsamkeitsbegriff, der mit den Einsparungen von heute die Schulden von morgen aufbaut. Kommunale Schulden sind nicht einfach Belastungen, die leichtfertig folgenden Generationen aufgebürdet werden. Wo es um Maßnahmen für den Klimaschutz, zur Förderung der Biodiversität, die Erhaltung von Brücken, den Ausbau von Radwegen, die Sanierung von Schulen und Sporthallen geht, da sind Schulden notwendige Investitionen in die Lebens- und Zukunftsfähigkeit der Stadt. Auch in der Haushaltspolitik gilt ein generationenübergreifender Solidarpakt, der nicht neoliberalen Überlegungen geopfert werden darf. Privatisierungen bringen in der Regel keine Vorteile, während starke und wirtschaftlich gesunde städtische Gesellschaften der Kommune Gestaltungsspielraum bringen und ihre Position gegenüber privatwirtschaftlichen Investor*innen verbessern.

Die GAL engagiert sich dafür, dass

- der Lübecker Haushalt in den kommenden Jahren auf die dringenden Notwendigkeiten unserer Zeit ausgerichtet wird. Neben den Pflichtaufgaben sollen vorrangig Personalstellen und Maßnahmen finanziert werden, die folgende Ziele verfolgen:
    - Klimaschutz, inklusive der Verkehrs- und Wärmewende, energetische Sanierung von Gebäuden, Planung und Bau von Photovoltaikanlagen
    - Förderung der Biodiversität wie Entsiegelung und insektenfördernde Flächenumgestaltung, ökologische Landwirtschaft auf landwirtschaftlichen Flächen der Stadt, nachhaltige Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung (Schulen, Kitas, Kantinen)
    - Schaffung von sozialem Wohnraum bei möglichst geringem Flächenverbrauch
    - konzeptionelle Maßnahmen gegen zunehmende Armut, insbesondere gegen Kinderarmut
    - Maßnahmen zur Förderung der Gesundheit
    - Bildung für nachhaltige Entwicklung

Wir werden als Stadt und Gesellschaft in den kommenden Jahren hunderte Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen investieren müssen, allein um Klimaneutralität zu erreichen. Das kann Lübeck in der vorgegebenen Zeit finanziell nicht allein stemmen. Wir setzen uns dafür ein, dass auf Bundesebene die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen, und damit auch Lübecks, beendet wird. Gegenüber der Landesebene wollen wir erreichen, dass ein neuer Haushaltskonsolidierungsfonds aufgelegt wird, um einerseits notwendige Investitionen tätigen und gleichzeitig für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen zu können.

Den Lübecker Stadtwald wollen wir aus Gründen des Klima- und Artenschutzes von wirtschaftlichen Zielen für den Haushalt entbinden und ein Einschlagen von alten Eichen und Buchen für mindestens zehn Jahre stoppen.

(Siehe auch: → Lübeck als Stadt für Morgen
→ Wohnen ist Menschenrecht
→ Kinder und Jugendliche)

Digitales Lübeck

Digitalisierung und das Thema "digitale Transformation" sind in den letzten Jahren immer wichtiger geworden. Sie werden oft in Verbindung mit Wirtschaftsthemen wie Produktivitätssteigerung, Geschäftsmodellen oder auch Wertschöpfungsprozessen genannt. Wie aber definieren wir das Thema Digitalisierung auf kommunaler Ebene, vor unserer Haustür, ganz losgelöst von rein wirtschaftlichen Unternehmenskontexten?

Wir als GAL möchten die Digitalisierung vor allem zur Verbesserung des Lebens der Menschen in Lübeck nutzen. Die Digitalisierung soll uns helfen**,** inklusiver zu werden. Es sollen umfassende Konzepte erarbeitet und umgesetzt werden, die die selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen der Gesellschaft am Leben ermöglichen und fördern. Wir wollen die Digitalisierung dafür nutzen, die digitale Barrierefreiheit weiter auszubauen und Verwaltungsprozesse zu verschlanken.

Parallel zu den unverzichtbaren digitalen Informations- und Kommunikationswegen sowie digitalen Dienstleistungen ist es wichtig, dass Kommunikation, Informationen und für alle Menschen gleichermaßen relevante Dienstleistungen (z.B. Fahrpläne des öffentlichen Personennahverkehrs, Fahrkartenkauf am Schalter) auch weiterhin analog angeboten werden, damit digital kritische Menschen oder Menschen, denen aus unterschiedlichsten Gründen der Zugang zum digitalen Leben verwehrt ist, nicht von einer Teilhabe am Leben ausgeschlossen werden.

Relevante Ziele der Digitalisierung zur Verbesserung des Lebens der Menschen in Lübeck:

1. **Ressourceneffizienter werden**
   Die Digitalisierung soll uns helfen**,** ressourceneffizienter zu werden. Sensoren, Datenerfassung und deren Analyse können uns von Nutzen sein, den Wandel besser zu verstehen und frühzeitiger gezielte Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Wir wollen kein Gießkannenprinzip, bei dem wahllos an verschiedenen Stellen digitalisiert wird, sondern genau da ansetzen, wo ein Bedarf besteht, z.B. Reduzierung von zeit- und personalintensiven Kontrollgängen in der Stadt durch App-Meldemöglichkeiten und Online-Abwicklung von Verwaltungsdienstleistungen für Bürger*innen oder nachhaltige Gewerbegebiete, in denen die verschiedenen Energiebedarfe von allen Gewerbetreibenden wechselseitig

und damit bedarfsgerecht genutzt werden können (z.B. Sektorkopplung).

2. **Bildungschancen verbessern**
   Die Digitalisierung soll uns helfen, die Bildungschancen zu verbessern, da Schüler*innen von digitaler Technik profitieren können. Digitale Kompetenzen sind in der heutigen Welt genauso unverzichtbar wie Lesen und Schreiben geworden. Wir engagieren uns deshalb dafür, dass jedem Schulkind jeder Schulform ein digitales Endgerät kostenfrei zugänglich gemacht wird, digitale Lernangebote und Lernmaterialien durch die Stadtbibliothek und Stadtteilbibliotheken erweitert werden inkl. des Ausbaus von mehr öffentlichen Lernorten zur Nutzung der angebotenen digitalen Lernmaterialien.

3. **Sicherstellung guter Luftqualität in Schulen und Kitas**
   Die Digitalisierung soll uns helfen, die Gesundheit von Kindern in Schule und Kita durch gute Luftqualität sicherzustellen. Ausnahmslos sind alle Räume mit digitalen Sensoren zur Messung von CO_2-Werten, Temperaturen und Luftfeuchtigkeit auszustatten. Diese Daten sind in das bestehende Dashboard der Stadt Lübeck mit der Zielvorgabe der maximalen Transparenz und Offenlegung zu übermitteln. Notwendig ist ergänzend zur stichprobenartigen Datenauswertung die Entwicklung eines automatisierten Schnellwarnsystems, damit die Bildungseinrichtungen schnell und zuverlässig (z.B. innerhalb von 24 Stunden) erfahren können, ob ihre Werte in gesundheitsgefährdende Bereiche gelangt sind. Auf diese Weise können die Ursachen schlechter Werte umgehend ermittelt und beseitigt werden (defekte Geräte, Grenzwertüberschreitung etc.).

4. **Lokale Unternehmen stärken**
   Die Digitalisierung soll uns helfen, lokale Unternehmen (Start-ups, inhaber*innengeführte Geschäfte) zu stärken und wettbewerbsfähiger zu machen, indem z.B. Warteschleifen in Hotlines und Präsenztermine in Behörden für Unternehmen durch digitale Kommunikation und Online-Formulare ersetzt werden. Dafür möchten wir bestehende digitale Angebote weiter ausbauen und ergänzen. Um Wettbewerbsfähigkeit zu bewahren oder neue Unternehmungen zu gründen, bedarf es unter anderem flächendeckend eines schnellen Mobilfunk- und Breitbandnetzes.

Wir brauchen eine digitale Kultur, die Projekte unbürokratisch vorantreibt und fördert. Es müssen die dafür nötigen Mittel im Haushalt berücksichtigt werden. Wir brauchen digitale Strategien, um inklusiver, ressourceneffizienter, bildungsgerechter, gesünder und wettbewerbsfähiger zu werden. Daran wollen wir mitwirken und die Bürger*innen mit einbeziehen. Datenschutz und Informationssicherheit sind für uns dabei ein wesentlicher Bestandteil der vertrauensbildenden Maßnahmen und Akzeptanz der Digitalisierung.

Bei der Digitalisierung ist "Groß denken" gut, aber nicht immer zum Vorteil. Wenn wir feststellen, dass große, komplexe Projekte uns lähmen und über Jahre beschäftigen, dann lasst uns agiler, flexibler werden! Als GAL engagieren wir uns daher auch für eine stärkere Einbindung unserer örtlichen Hochschulen, von Start-ups und freien Mitarbeitern*innen (z.B. soloselbstständige IT-Fachleute), um das Thema "Digitales Lübeck" voranzutreiben.

Kultur - Kulturförderung

Kulturförderung in Lübeck konzentriert sich vor allem auf die großen Einrichtungen der Innenstadt. Museen, Theater und MuK erhalten Millionenbeträge, die teilweise als Verlustausgleich vertraglich geregelt sind. Die GAL setzt sich dafür ein, dass wesentlich mehr Geld als bisher für die freie Kulturförderung und die vielen freien

Kulturschaffenden zur Verfügung gestellt wird.

Wir wollen dazu beitragen, dass die nachgewiesene wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft gleichberechtigte Anerkennung gegenüber den bisherigen Leitbranchen des Wirtschaftsstandortes Lübeck findet. Es braucht in Lübeck mehr Entfaltungsraum für kreatives Potential.

Wir haben 2020 erfolgreich den Antrag für ein StreetArt Festival in Lübeck eingebracht, das 2023 erstmalig stattfindet.

Die GAL tritt dafür ein,

- die öffentlichen Kultureinrichtungen Lübecks, insbesondere das Museum für Natur und Umwelt, ebenso wie den Denkmalschutz personell zu stärken
- dass die inhaltlichen Konzepte der Museen verstärkt auf Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgerichtet werden
- Museen und Bibliotheken als außerschulische Lernorte attraktiver zu machen und technisch sowie pädagogisch auf einen aktuellen Stand zu bringen
- Einrichtung von „Bibliotheken der Dinge“ in den Stadtteilen für die Ausleihe von Gegenständen
- Artefakte, deren Herkunft zweifelhaft ist, in die Herkunftsländer /-Kulturen zurückzuführen (Restitution)
- ein Museum für Archäologie in Lübeck einzurichten
- Kinder und Jugendlichen bis zum Ende ihrer Ausbildung freien Eintritt in Lübeck Museen zu gewähren

Wir möchten

- Kunst und Kultur in all ihren vielfältigen Formen vermehrt in die Stadtteile bringen. Dafür braucht es Räume: Begegnungsstätten, Übungsräume, Ateliers und Werkstätten sowie eine stärkere finanzielle Unterstützung von Kulturschaffenden.
- junge und aktuelle Kunst gleichberechtigt neben die Bewahrung und Präsentation der historischen Kunst- und Kulturschätze der Hansestadt stellen
- eine feste angemessene Ausstellungsstätte für die Jahresschau der Gemeinschaft Lübecker Künstler in Lübeck etablieren
- aktuell in der Region Lübeck arbeitende Künstler*innen durch Ankäufe von Werken durch die Hansestadt Lübeck unterstützen, wenn Kunstkäufe geplant sind
- das Kino KOKI dauerhaft erhalten und fördern
- das soziokulturelle Zentrum Alternative e.V. sowie das Solizentrum erhalten und fördern

- darauf hinwirken, dass Fassaden im Stadtbild für die Gestaltung durch (StreetArt) Künstler*innen zur Verfügung gestellt werden

- eine Förderung der lokalen Musik- und Künstlerszene durch kostengünstige Proberäume und Auftrittsmöglichkeiten bei städtischen Events

- eine bessere Vernetzung von Kulturschaffenden ermöglichen sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote schaffen

Denkmalpflege und UNESCO-Weltkulturerbe

Es befinden sich zahlreiche Bau-, Industrie und Kulturdenkmale, auch in den Vorstädten, wie z.B. die Alte Stadtschule, Gut Strecknitz, ganze Ensemble wie die Papageiensiedlung oder Gründungsviertel. Diese gilt es zu erhalten. Eine mögliche Neubebauung durch Verdichtung muss unter Einbeziehung der Denkmalpflege erfolgen.

Lübecks Altstadt ist international bekannt für ihren Reichtum an Wand-und Deckenmalereien, beginnend im 13. Jahrhundert, z.B. Pilgerherberge, Hoghehus oder Mengstraße 19. Die Betreuung (Sicherung, Wartung, Sichten des Zustandes etc.) ist aufgrund der spärlichen personellen Besetzung quasi nicht möglich. Daher setzt sich die GAL für die Schaffung der Stelle einer Amtsrestauratorin ein.

Lübecks Altstadt ist seit 1987 Jahren UNESCO-Welterbe. Der Status ist ein Magnet für den Tourismus. Die Pflege des Welterbes durch die Abteilung Denkmalpflege ist jedoch aufgrund der seit Jahren anhaltenden sparsamen personellen Besetzung der Abteilung Denkmalpflege nur begrenzt möglich. Für die praktische Baudenkmalpflege der über 1.400 Einzeldenkmale der Altstadt (Erteilung von denkmalrechtlichen Genehmigungen, Beratungen für Denkmaleigentümer, Baustellenbetreuung, städtebauliche Belange, Förderanträge etc.) steht zu wenig Personal zur Verfügung. Die Folge sind lange Wartezeiten für Bauherr*innen auf Genehmigungen, unzureichende Baustellenbetreuung und zahlreiche „Schwarzbaustellen“. Aus diesem Grund setzt sich die GAL für weitere Mitarbeitende ein.

Denkmalschutzauflagen an Maßnahmen zu Klimaschutz anpassen

Denkmalschutzauflagen müssen dringlich erforderlichen Maßnahmen zum Erreichen der Klimaschutzziele angepasst werden, sowohl bei energetischer Sanierung von Gebäuden, als z.B. auch bei dem Potential für Photovoltaikanlagen.

Wir wollen eine Diskussion darüber anstoßen, dass Klimaschutzmaßnahmen in der Kommune auch dafür wichtig sind, UNESCO-Welterbe zu erhalten, und der Schutzstatus dem nicht entgegenstehen darf.

Nachhaltige Wirtschaft

Mit dem Ziel der Klimaneutralität und Verfolgung der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDG) kommen auf die Stadt Lübeck mit ihrer Verwaltung, den städtischen Gesellschaften, dem Lübecker Hafen und auf ansässige

Wirtschaftsunternehmen weitreichende Veränderungen zu.

Das Thema Nachhaltigkeit gewinnt immer mehr Bedeutung: Ob es dabei um soziale und ökologische Kriterien bei der Beschaffung, Ressourcenverbrauch, energetische Sanierung, regenerative Energiegewinnung, Recycling und Müllvermeidung, Transportwege, den Arbeitsweg mit dem Umweltverbund oder nachhaltiges Essen in der Kantine geht, es gibt kaum einen Lebensbereich, der nicht berührt wird.

Wir setzen uns für einen stadtgesellschaftlichen Diskurs ein, der beispielsweise von der Lübecker Wirtschaftsförderung ausgehen könnte, um über „Best Practice"-Beispiele Unternehmen zu inspirieren oder innovative Start-up-Unternehmen für Lübeck zu gewinnen. Denn es fehlt bislang ein Konzept, wie sich Lübecks Wirtschaft zukünftig nachhaltig aufstellt. Hierbei verzahnen sich die einzelnen Themen: Energie- und Verkehrswende, Digitalisierung, Fachkräftemangel, Bevölkerungsentwicklung, Wohnungsbau etc.

Die Hansestadt mit ihrer Kernverwaltung und ihren Betrieben ist selbst eine der größten Arbeitgeberinnen Lübecks. Sie trägt somit eine besondere Verantwortung für den regionalen Arbeitsmarkt.

Wir haben uns bereits in der Vergangenheit konsequent gegen den Personalabbau in der Lübecker Verwaltung ausgesprochen und setzen uns weiter dafür ein, die Verwaltung zukunftsfähig zu halten und durch Ausbildung und Personalgewinnung dafür zu sorgen, dass wichtige Leistungen, wie die Bearbeitung von Anträgen oder die Erstellung von Bau- oder Verkehrsentwicklungsplänen zeitnah erfolgen können. Viele Bereiche der Verwaltung benötigen dringend mehr Personalstellen, um anstehende Aufgaben zeitnah planen und umsetzen zu können. Zusätzlich wird ein großer Teil des Personals in den kommenden Jahren in den Ruhestand gehen. Um als Verwaltung handlungsfähig zu bleiben, braucht es deshalb frühzeitige Personaleinstellungen, um den Weggang vieler erfahrener Verwaltungsmitarbeitenden gut zu bewältigen. Dafür setzen wir uns weiterhin ein.

Als GAL machen wir uns für die kommunale Daseinsvorsorge stark, für den Erhalt städtischer Einrichtungen, städtischer Gesellschaften und die Grundstücksgesellschaft Trave. Gerade in Zeiten von Energiekrise und Wohnraumknappheit ist es wichtig, kommunale Steuerungsmöglichkeiten zu haben. Die Wiedereröffnung der Stadtteilbüros haben wir politisch unterstützt.

Während große Unternehmen zum Teil über Jahre Leerstand in der Innenstadt hinterlassen, haben sich viele kleine inhaber*innengeführte Geschäfte in der Krise durchgekämpft. Es sind die vielen individuellen Geschäfte, Cafés und Restaurants, die Lübecks Innenstadt besonders machen und lebendig halten.
Nach der Hüxstraße hat sich die Fleischhauerstraße in den vergangenen Jahren enorm entwickelt. Hier wird auch der Zeitgeist deutlich: biologisch, vegetarisch oder vegan, verpackungs- und plastikfrei, fair gehandelt oder regional….

Damit diese Vielfalt erhalten bleibt, setzen wir uns ein für

- die Förderung und Unterstützung kleiner inhabergeführter Unternehmen und Geschäfte, z.B. durch gezieltes Stadtmarketing

- das Ausschöpfen aller rechtlichen Möglichkeiten, um spekulativen Leerstand in der Innenstadt zu verhindern, stattdessen Vergabe zu günstigeren Mietpreisen an junge, innovative Start-up-Unternehmen

- Zwischennutzung von Leerständen für Kunst und Kultur
- eine Börse für Sharing-Projekte, um Raum und Kosten zu teilen
- Unterstützung von Jungunternehmer*innen durch Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten in der Nähe des Arbeitsplatzes, unter Berücksichtigung der Arbeitszeiten im Einzelhandel
- weiträumige Befreiung der Innenstadt vom motorisierten Individualverkehr, dafür umweltfreundliche Lieferdienste und eine gute Anbindung durch kleinere elektrisch betriebene Shuttlebusse zusätzlich zu den bestehenden Buslinien
- Schaffung von mehr Grün und Aufenthaltsqualität in der Innenstadt

Wir begrüßen den Kauf des ehemaligen Karstadtgebäudes durch die Stadt Lübeck und freuen uns auf die Entwicklung des „Mixed-Use"-Konzeptes. Unterhalb des Schrangens wollen wir, dass möglichst zeitnah ein Fahrradparkhaus entsteht.
Eine Erweiterung der Shopping-Center auf der Grünen Wiese lehnen wir ab.

Die innenstadtnahe Roddenkoppel wollen wir zeitnah entwickeln: Östlich der Bahntrasse wollen wir Gewerbe und Dienstleistung ansiedeln, westlich der Bahntrasse soll Wohnbebauung realisiert werden.

Entwicklung des Hafens und Fehmarn-Belt-Tunnel

Für die Entwicklung des Lübecker Hafens sind die gegenwärtigen Zustände in Europa nicht günstig. Der Papierumschlag als Kerngeschäft mit Schweden stagniert, weil sich die Papierproduktion verlagert. Zusätzlich stellt der Fehmarn-Belt-Tunnel eine Konkurrenz für den Hafen dar, weil die Waren statt mit Schiffen über den Tunnel transportiert werden.

Grundsätzlich hat die GAL sich mit Blick auf den Lübecker Hafen sowohl aus wirtschaftlichen Gründen als auch aus Umweltgründen gegen die feste Fehmarn-Belt-Querung ausgesprochen. Doch der Bau des Fehmarn-Belt-Tunnels wurde von der Landesregierung entschieden und begonnen. Ob der Tunnel sich positiv oder vernichtend auf den Lübecker Hafen auswirken wird, werden wir in 15-20 Jahren wissen. Mit Sorge betrachten wir die Belastungen für die Umwelt (Tunnelbau durch das Meer) und Menschen (Lärmbelastung). Ob und wie die Eisenbahnstrecken in Verbindung mit dem Fehmarn-Belt-Tunnel nach Lauenburg und Bad Kleinen für den Güterverkehr ausgebaut werden, ist noch ungewiss. Die GAL wird sich dafür einsetzen, dass die Anlieger optimalen Lärmschutz erhalten.

Aus Umwelt- und wirtschaftlichen Gründen lehnen wir den Bau eines Kreuzfahrtterminals ab.

Die Rückführung des Hafens in kommunalen Besitz hat sich auf die wirtschaftliche Hafenentwicklung positiv ausgewirkt. Wir setzen uns dafür ein, dass dies so bleibt und keine Privatisierung erfolgen wird.

Fairtrade Stadt Lübeck

Seit 2011 ist Lübeck Fairtrade Stadt. Als GAL unterstützen wir die Ziele des Fairen Handels. Durch Anträge in der Lübecker Bürgerschaft und Mitarbeit in der Steuerungsgruppe Fairtrade Stadt setzen wir uns von Anfang an aktiv dafür ein. Wir machen uns mit dafür stark, dass die Hansestadt Lübeck, die städtischen Gesellschaften, Einrichtungen und Eigenbetriebe im Rahmen der öffentlichen Beschaffung konsequent öko-faire Kriterien anwenden. So geht die Stadt mit gutem Beispiel für Lübecker Unternehmen voran und kann dazu beitragen, das Engagement für Fairen Handel innerhalb der Hansestadt zu erweitern. Sich als Stadt für Fairen Handel und globale Gerechtigkeit einzusetzen, ist ein Qualitätsmerkmal, das u.a. beim Stadtmarketing noch viel sichtbarer werden sollte.

Wir setzen uns dafür ein, dass die ehrenamtlich geleistete Arbeit der Steuerungsgruppe Fairtrade Stadt jährlich mit einem festen Budget unterstützt wird, um z.B. den Eigenanteil bei Fördermittelanträgen darüber finanzieren zu können.

Natur- und sozialverträglicher Tourismus für Lübeck

Mit jährlich rund 17 Millionen Tagesgästen und über 2 Millionen Übernachtungen hat der Tourismus für Lübeck eine herausragende wirtschaftliche Bedeutung. Sowohl das Gastgewerbe, Dienstleistende, Handwerksbetriebe sowie der Einzelhandel – sie alle profitieren davon, dass Lübeck ein Magnet für Reisende ist.

2018 betrugen die Gesamteinnahmen in Lübeck durch den Tourismussektor 777 Millionen Euro. Die Hansestadt Lübeck erhält hierüber Gewerbesteuereinnahmen. Arbeitsplätze werden direkt oder indirekt durch Tourismus geschaffen.
Die Auswirkungen vom Tourismus auf die Umwelt und die hier lebenden Menschen sind jedoch auch kritisch zu betrachten. Während der An- und Abreise kommt es insbesondere zum Verbrauch von Primärenergie, Ausstoß von klimaschädlichen Emissionen sowie zu Lärmemissionen. Unterkünfte haben im Bereich der Flächeninanspruchnahme einen Einfluss auf die Umwelt, und Freizeitaktivitäten wirken sich besonders stark auf die Biodiversität aus (Quelle: Umweltbundesamt). Das Müllaufkommen steigt, der individuelle Wasserverbrauch nimmt im Urlaub extrem zu. Kostbarer Wohnraum wird zu Ferienwohnungen umgewandelt, Mieten steigen und Saisonarbeitsplätze haben in der zweiten Jahreshälfte häufig Arbeitslosigkeit zur Folge. All diese negativen Begleit- und Folgeerscheinungen gilt es, auf ein mögliches Minimum zu begrenzen.

Als GAL setzen wir uns für Maßnahmen ein, die den Prozess hin zu einem nachhaltigen Tourismus im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele (Agenda 2030) unterstützen. Klimaschutz, Naturschutz und die Förderung der Biodiversität müssen Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben – auch im Tourismus.
Die Hansestadt Lübeck hat 2020 beschlossen, die Tourismusstrategie auf Aspekte der Nachhaltigkeit auszurichten. In diesem Prozess wird die städtische Gesellschaft Lübeck Travemünde Marketing (LTM) durch TourCert gGmbH unterstützt, eine anerkannte gemeinnützige Beratungs-, Qualifizierungs- und Zertifizierungsorganisation.

Bisher fehlen aus unserer Sicht jedoch die konkrete Umsetzungsstrategie, die zu den Handlungsfeldern zugeordneten Kennzahlen sowie damit verbunden das begleitende Evaluationskonzept, mit dem der Progress in festgelegten Zeitabständen messbar gemacht werden kann.

Wir unterstützen ausdrücklich, dass anstelle einer Steigerung der Anzahl von Übernachtungsgästen zukünftig auf Qualität im Tourismus gesetzt werden soll. Allerdings fehlt uns bei dem begonnenen Prozess bisher eine klar formulierte Definition, was nachhaltiger Tourismus in Lübeck bedeutet, und mit welchen Zielen und Maßnahmen dieser verbunden ist.
Um bestehende Betriebe aus dem Gastgewerbe, aber auch andere relevante Bereiche auf dem Weg zu einem ganzheitlich betrachteten, nachhaltigen Tourismus mitzunehmen, befürworten wir als GAL, dass

- die Strategie für einen natur- und sozialverträglichen Tourismus in Lübeck gemeinsam mit allen relevanten Bevölkerungsteilen erarbeitet wird. Hierzu zählen aus unserer Sicht nicht allein die Gastbetriebe sondern ebenso Umweltorganisationen, Lübecker Museen, Wohnungsbaugesellschaften, bereichsübergreifend Verantwortliche aus der Stadtverwaltung etc..
  Best Practice Beispiele aus anderen Tourismusdestinationen können veranschaulichen, was unter einem nachhaltigen touristischen Angebot konkret zu verstehen ist.

- die Verkehrsentwicklungsplanung den Tourismussektor als bedeutenden Faktor bei der Verkehrswende berücksichtigt

- auf der Startseite der offiziellen städtischen Internetseite www.luebeck-tourismus.de darauf hingewiesen wird, dass Lübeck eine nachhaltige Tourismusstrategie verfolgt und wie Reisende daran mitwirken können

- regelmäßige Fortbildungen für das Gastgewerbe angeboten werden, wie diese ihren Betrieb nachhaltig aufstellen können. Dazu gehören neben Ressourcen sparendem Verhalten und Wirtschaften, wie zum Beispiel die Umstellung auf regenerative Energiequellen, auch die Vermittlung von Kenntnissen über eine sozial-ökologische (faire) Beschaffung von Lebensmitteln, Bettwäsche und Handtüchern, Berufsbekleidung etc.
  Informationen für alle Tourist*innen, um die An- und Abreise sowie ihren Aufenthalt in Lübeck möglichst nachhaltig gestalten können.

Die Hansestadt Lübeck setzt mit der Strategie „Qualität vor Quantität“ darauf, dass zukünftig vermehrt auf die Zielgruppe finanzstarker Einzelreisender und Paare gesetzt wird. Familien, Radtourist*innen oder mit der Bahn Reisende sind nicht im besonderen Fokus.
Wir heißen alle Reisenden willkommen und wollen insbesondere solche Maßnahmen fördern, die dazu beitragen, die UN- Nachhaltigkeitsziele in Bezug auf Tourismus in der Kommune zu verankern und umzusetzen. Dazu gehören

- für Radreisende eine gute Radinfrastruktur, Unterkünfte mit Reparaturmöglichkeiten, Hostels entlang des Ostseeradwegs, Verbesserung der Radwegeverbindung von der Lübecker Innenstadt bis nach Travemünde, bessere Bewerbung der bestehenden Radrouten

- Schaffung eines flächendeckenden Systems für Leihfahrräder und E-Bikes mit flexiblen Abstellmöglichkeiten

- kostenlose Nutzung des ÖPNVs, finanziert über eine Abgabe (Bettensteuer/ Kulturabgabe) oder alternativ das 1 Euro Ticket für alle, Kinder und Jugendliche frei (Siehe auch → Verkehrswende)

- die Schaffung weiterer (interaktiver) Bildungsangebote für nachhaltige Entwicklung, insbesondere auch für Familien geführte Naturerlebnisse, z.B. auf dem Priwall oder im Stadtwald Lübeck, stärkere Einbindung des Museums für Natur und Umwelt sowie bestehende Umweltvereine und Organisationen

- Förderung von ökologisch und in der Region erzeugten landwirtschaftlichen Produkten

- Beachtung nachhaltiger Kriterien bei der Beschaffung (Produkte aus Fairem Handel)

- Förderung der Umstellung auf regenerative Energien, Anreize zur effizienten Nutzung von Wasser in den gastronomischen Betrieben

Die Interessen und Bedarfe der hier lebenden Bevölkerung müssen mehr als bisher geschützt werden. Deshalb setzen wir uns auf lokaler Ebene dafür ein, dass

- insbesondere in Travemünde und auf dem Priwall mehr sozialer Wohnungsbau entsteht, damit die Bevölkerung nicht verdrängt wird, und damit Auszubildende sowie im Tourismussektor Arbeitende eine bezahlbare Wohnung in der Nähe ihres Arbeitsortes finden. Innenverdichtung, energetische Sanierung sowie Umbau gehen vor Neubau, wenn neu gebaut wird, muss dies in Passiv-, besser Aktivbauweise erfolgen, Landschaftsschutzgebiete müssen bei der Planung von neuen Baugebieten konsequent ausgenommen werden.

- die zum Teil sehr schlechten Arbeitsbedingungen im Tourismussektor thematisiert werden (Niedriglohnbereich, Saisonarbeit, Schichtarbeit, Wochenendarbeit, hohe Arbeitsbelastung, fehlende soziale Absicherung) und ein Konzept zur Verbesserung erarbeitet wird. Wir setzen uns ein für

    - Frauenförderung in Bezug auf Vollbeschäftigung und Führungspositionen

    - Sicherstellung und Erhöhung des Mindestlohns

    - Fortbildungsangebote für Mitarbeitende und Auszubildende im Tourismussektor – auch zum Thema Nachhaltigkeit

Um auch für Familien und Reisende mit geringeren Einkommen Angebote zu schaffen, setzen wir uns ein für

- eine Jugendherberge/ ein Hostel auf dem Priwall und in Travemünde, mit einem Konzept, das die SDGs (Nachhaltigkeitsziele) verfolgt

- Schaffung eines naturnahen Campingplatzes auf Lübecker Gebiet in der Nähe der Ostsee

Zum Schutz der Ostsee und Urlaubsregion Lübecker Bucht setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass auf Bundesebene endlich eine zukunftssichernde Lösung für die Munitionsaltlasten gefunden und umgesetzt wird.

Im Laufe der Wahlperiode werden erfahrungsgemäß weitere Themen und Aufgaben hinzukommen.

Für Fragen und Anregungen zu unserem Programm wenden Sie sich gern per E-Mail an uns:

gal-luebeck@web.de

GAL
grün + alternativ + links